

böllthema

Chile: Antonia Orellana
kämpft für Frauenrechte

Deutschland: Die Banda
Comunale trommelt
gegen rechts

Thailand: iLaw sammelt
Vorschläge für Gesetze

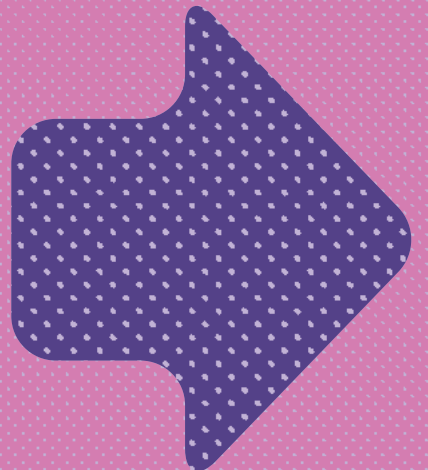
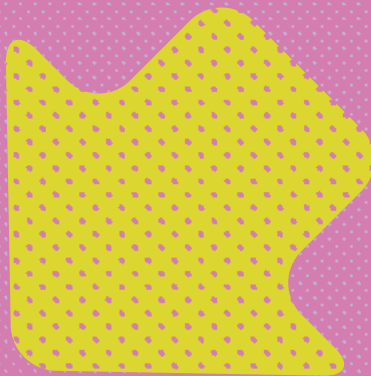
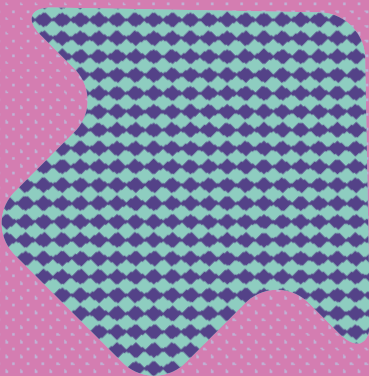
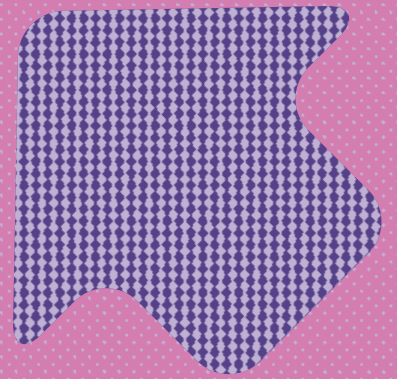
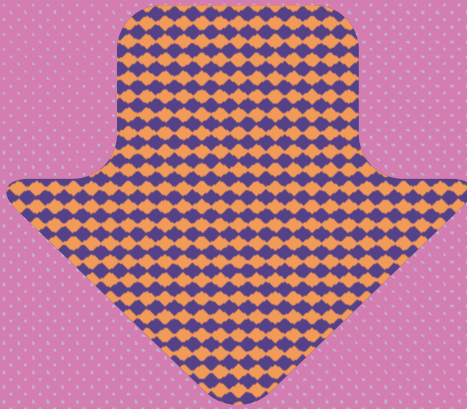
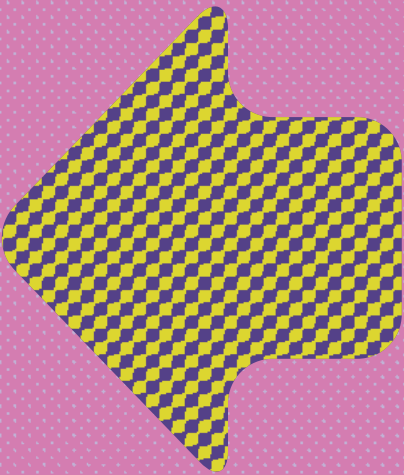
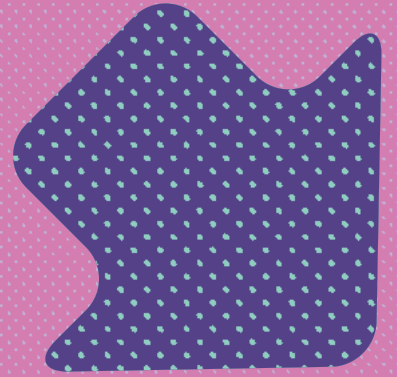
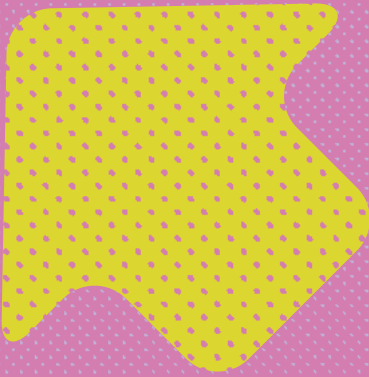
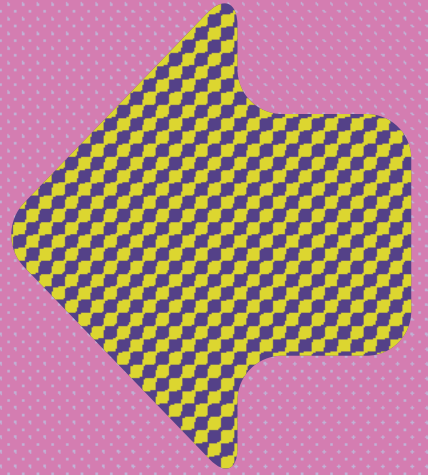
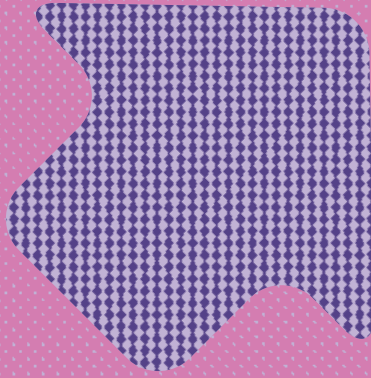
24-2

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung



Demokratie

Vielfältige Wege, ein gemeinsames Ziel



Weltweit steht die Demokratie unter Druck – durch Einschränkungen der individuellen Freiheitsrechte, der Presse, des Wahlrechts, der Rechtsprechung, durch rechtsextreme politische Kräfte, die offen antidemokratische Ziele verfolgen. Das erleben wir auch hier in Europa. Menschen und Organisationen werden durch Gewalt und andere Formen der Einschüchterung daran gehindert, ihre Meinung zu äußern, ihre Rechte wahrzunehmen und sich öffentlich für eine gerechte, menschenwürdige und ökologische Zukunft einzusetzen.

Aber die Menschen nehmen das nicht hin. Sie engagieren sich weiter für Menschenrechte, Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit, den Umbau der Energieversorgung, eine nachhaltige Agrar- und Rohstoffwirtschaft. Sie beharren darauf, dass Gerichte Recht sprechen und Menschen über Missstände und Lösungen informiert werden. Das habe ich in den Gesprächen mit unseren Partner*innen immer wieder erfahren – in Mexiko, Indien, Kenia, Argentinien, Chile, in Israel und in den palästinensischen Gebieten.

Die Stärkung von Demokrat*innen – ob in Zivilgesellschaft, Parteien oder Regierungen – und demokratischen Institutionen ist eine gemeinsame globale Aufgabe; für unsere Arbeit als Heinrich-Böll-Stiftung ist sie zentral.

In diesem Heft stellen wir Menschen vor, die uns wegen ihres demokratischen Engagements beeindruckten, als Zeichen unserer Solidarität und zur Ermutigung. Ohne Engagement und Einmischung gibt es keine Demokratie. Und ohne Demokratie ist alles nichts.

Ihre Imme Scholz



Dr. Imme Scholz
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung

Editorial

- 1 Von Imme Scholz

Wo wir stehen

- 3 **Menschen machen Demokratie**
Ein Einführung ins Thema
und Heft.
Von Rasmus Randig

Dossier

- 6 **Demokratie in Daten**
Fakten, Zahlen und Grafiken zum
Stand der Demokratie weltweit.
Von Heike
Holdinghausen

Statement

- 10 **Die Verfassung, von der
ich träume**
iLaw in Thailand hat die
demokratische Partizipation im
Land erheblich gestärkt.
Von Kannika Yodnin

Das Große Interview

- 12 **«Aktivismus und Politik
brauchen einander»**
Antonia Orellana, ehemalige
Aktivistin und seit 2022 Chiles
Ministerin für Frauen und
Gleichstellung, trägt feminis-
tische und soziale Anliegen in
die Regierung.
Interview: Gitte
Cullmann und Angela
Erpel Jara

In Bildern

- 16 **Die Seitenwechsler*innen**
Aktivismus und Politik – was
bringt Menschen dazu, von dem
einen ins andere Gebiet zu
wechseln? Sechs biografische
Skizzen über die Entscheidung,
eine Grenze zu übertreten.
Von Christina Focken

Essay

- 22 **Solidarität als politische
Entscheidung**
Weltweit werden Frauenrechte und
LGBTIQ-Rechte als Waffe ein-
gesetzt, um die jeweilige Region
zu destabilisieren. Dagegen
hilft nur die Rückbesinnung auf
demokratische Ideale.
Von Jovan
Džoli Ulicevic

- 31 **Das Rückgrat stabiler
Demokratien**
Was europäische Demokratien
von Indiens Säkularismus lernen
können und warum der Schutz
religiöser Freiheit entschei-
dend für die Zukunft demokrati-
scher Gesellschaften ist.
Von Neha Dabhade

- 33 **Die zwei Seiten
der Proteste**
Wie können internationale
Geberorganisationen soziale
Bewegungen unterstützen? Und
damit auch verhindern, dass
sie zerstörerische Kräfte
freisetzen?
Von Sergio Rodriguez
Prieto

Aus den Ländern

- 24 **«Wir müssen die Jugend
ihre Fehler machen lassen»**
Der marokkanische Theatermacher
und Schauspieler Hosni el
Mokhlis über die Kraft der
Kunst, die Fähigkeit zur Kritik
und die Notwendigkeit, Freiräume
für Debatten zu schaffen.
Interview:
Rasmus Randig

- 27 **Balanceakt für Belarus**
Der Exilverein Razam ist
ein wichtiger Anker im Alltag
der Menschen, die nach
Deutschland vor politischer
Verfolgung geflohen sind.
Und für die Aktivist*innen in
der Heimat, die sich gegen
Lukaschenko erheben.
Von Jens Uthoff

- 40 **Ein Dorn im Ohr**
Die Banda Comunale spielt
seit mehr als 20 Jahren mit
fröhlicher Musik gegen Neo-
nazis in Sachsen an. Zuletzt
unterstützte die Brassband vor
allem Demokratieverbände in
der Provinz. Kann sie damit
etwas verändern?
Von David Muschenich

Analyse & Kommentar

- 35 **«Wir haben nicht
gefragt, nicht hingehört,
nicht hingeschaut»**
Die Demokratieförderung der
Bundesregierung in Afghanistan
hat kulturelle und gesell-
schaftliche Realitäten des
Landes ignoriert. Doch es gibt
auch positive Effekte.
Von Schahina Gambir

- 36 **«Wir müssen kreativer
über Politik nachdenken»**
Rosa Balfour sieht in dem
gestörten Verhältnis zwischen
den Bürger*innen und den Insti-
tutionen der repräsentativen
Demokratie eine entscheidende
Ursache für den Aufstieg der
extremen Rechten.
Interview:
Zora Siebert und
Rasmus Randig

Das letzte Wort

- 44 **«Afghanistan braucht
weiter Hilfe aus Europa»**
Von Sayed
Shoaib Sadaat

Demonstration in Belarus gegen ▶
Aljaksandr Lukaschenka nach der
Präsidentenwahl 2020.
Sie wurde sowohl im Land als auch
international als Scheinwahl
wahrgenommen. Die Massenproteste
hatten schon davor begonnen;
nach der Wahl gingen Polizei
und Behörden massiv gegen
Demonstrant*innen vor.

Menschen machen Demokratie

Text:
Rasmus Randig



Wie steht es um die Demokratie? Diese Frage beschäftigt uns im globalen Superwahljahr 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg genauso wie in den USA, in Indien oder im Senegal. Und auch in Ländern, in denen in diesem Jahr nicht gewählt wird, blicken wir gebannt – hoffnungsvoll oder mit Sorge – darauf, wie es um Rechtsstaatlichkeit, Freiheitsrechte und die Möglichkeiten steht, als Individuen in politischen Entscheidungsprozessen Gehör zu finden und mitzubestimmen. Denn Gesellschaften sind vielfältig und müssen unterschiedliche und auch sich widersprechende Bedürfnisse und Interessen aushandeln. Nachhaltig und vor allem friedfertig gelingt dies nur durch Mitbestimmung und Teilhabe, und dies ganz besonders bei den zentralen Themen unserer Zeit: Frieden und Sicherheit, Wohlstand und gerechte Verteilung sowie der sozial-ökologischen Transformation, die jeweils auf individueller und kollektiver Ebene vollzogen werden muss. Wie Imme Scholz, Vorständin der Heinrich-Böll-Stiftung, im Editorial schreibt: Ohne Demokratie ist alles nichts.

Weltweit stehen Demokratien in den letzten Jahren vor großen Herausforderungen. Und auch die Menschen, die sich in Autokratien für Menschenrechte und Reformen einsetzen, sind ständig von Repression und Gewalt bedroht und ihre Handlungsspielräume verkleinern sich weiter.

Nach einer Vielzahl an Erfolgen für die Demokratie seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Kollaps der Sowjetunion herrschte während der 1990er und in den frühen 2000er Jahre ein großer Optimismus, der in den vergangenen beiden Jahrzehnten einer Resignation oder zumindest einer Ungewissheit gewichen ist. Zum einen zeigen die Ergebnisse der Studien des Varieties-of-Democracy-Instituts, wie sich die Indikatoren für Rechtsstaatlichkeit sowie die für individuelle Freiheitsrechte wie das Recht auf Versammlung oder freie Meinungsäußerung verschoben haben. Zum anderen sind Bilder von inhaftierten Oppositionspolitiker*innen und von Gewalt gegen friedliche Demonstrant*innen nahezu allgegenwärtig.

Für Rechtsstaatlichkeit, freie Meinungsäußerung und politische Mitbestimmung kämpfen

Was die Bilder aber auch verdeutlichen: Menschen setzen sich dennoch – oder gerade deshalb – für Mitbestimmung und ihre Rechte ein. Anwalt*innen und Richter*innen sichern Rechtsstaatlichkeit, Journalist*innen und Podcaster*innen freie Meinungsäußerung; Aktivist*innen, Parteimitglieder und Minister*innen leben politische Mitbestimmung. Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, variieren stark: von offener politischer Kultur, verfügbaren Ressourcen und etablierten Teilhabemöglichkeiten bis hin zu Verfolgung, Gewalt und Überwachung. Häufig nehmen sie dabei den Verlust ihrer Freiheit bis hin zur Gefahr für Leib und Leben in Kauf, ordnen ihr persönliches Schicksal freiwillig einem kollektiven Anliegen unter. Sie zeigen, dass sie die Hoffnung auf eine bessere und gerechtere Zukunft nicht aufgeben



haben. Bilder von Menschen, die sich und ihren Anliegen auf den Straßen selbst in Städten wie Hongkong, Minsk oder Yangon gewaltfrei Gehör verschaffen, in Konfrontation mit staatlichen Sicherheitskräften, bezeugen diese Beharrlichkeit besonders eindringlich. Neben vielen weiteren Möglichkeiten, sich für Mitbestimmung und Menschenrechte einzusetzen, hat friedlicher Protest in der jüngeren Geschichte von Demokratie immer eine besondere Rolle gespielt, weitere Entwicklungen angestoßen und konsolidiert. Dieses Heft erzählt die Geschichten von Menschen und Organisationen, die auf die eine oder andere Art an Demokratiebewegungen in ihren Ländern teilgenommen haben oder ihnen zumindest nahestehen. Was treibt diese Menschen an, wie engagieren sie sich, welchen Herausforderungen müssen sie sich stellen? Und daran anschließend stellt dieses Heft auch die Frage, ob und wie Politik diese Menschen stärken kann.

Aus einer Protestbewegung kann eine neue Partei hervorgehen. Es kann aber auch ganz anders kommen, abhängig von den Umständen, der Motivation und den Möglichkeiten der Protagonist*innen. Die Chilenin Antonia Orellana erzählt im Interview (S. 12), wie ihr Umfeld sie von klein an politisch geprägt hat. Von Kindsbeinen an nahm ihre Familie sie mit auf Demonstrationen, als Schülervertreterin setzte sie sich für die Interessen ihrer Mitschüler*innen ein. Nach einer Laufbahn als feministische Aktivistin berief sie Staatspräsident Gabriel Boric zu Beginn seiner Amtszeit als Ministerin für Frauen und Gleichstellung in sein Kabinett. Ganz anders die Erfahrung von Menschen wie Dzmity Shershan und Ina Valitskaya, die in Belarus an den Protesten gegen das Lukaschenko-Regime teilnahmen. Sie mussten vor den Repressionen aus ihrem Heimatland fliehen und engagieren sich nun politisch im deutschen Exil – als Mitglieder des Vereins Razam, der den Traum eines demokratischen Belarus

▲ Anhänger der Fortschrittspartei «Move Forward Party» demonstrieren am 7. August 2024 gegen den Entscheid des thailändischen Verfassungsgerichtes, die Partei aufzulösen. Auf den Plakaten war unter anderem der Slogan "Respektiert meine Wahl" zu lesen. Die «Move Forward Party» war eine sozialdemokratische Partei, die gegen den Einfluss des Militärs auf die thailändische Politik eintrat. Aus der Parlamentswahl 2023 war sie als stärkste Kraft und die größte Oppositionspartei Thailands hervorgegangen.

am Leben erhält (S. 27). Hosni el Mokhlis war nach den Demokratieprotesten in Marokko 2011 kurzfristig in einer Partei aktiv (S. 24), verspürte jedoch schnell wieder den Drang, seine Ausbildung als Theatermacher zu nutzen. Seitdem schafft er mit dem «Theater der Unterdrückten» neue öffentliche Räume für gesellschaftliche Debatten.

Den sozialen Zusammenhalt fördern und spürbar machen

Engagement kann auch darauf zielen, die Möglichkeiten und die Bereitschaft der Mitmenschen zu erweitern, sich für ihre Rechte und die anderer einzusetzen. 2009 gründete sich in Thailand die Initiative iLaw, um die Möglichkeit zu schaffen, sich

vor allem im digitalen Raum mit demokratischen Reformprozessen zu beschäftigen und dort auch wirksam zu werden. Ein Bericht von ihrer Kampagnenarbeit zeigt, wie erfolgreich diese Initiative ist (S. 10). Auch Klangräume können dazu beitragen, dass Menschen sich sicher fühlen, gemeinsam in der Öffentlichkeit für Demokratie einzutreten: So begleitet die Banda Communale seit mehr als 20 Jahren Kundgebungen, fördert durch ihre Klänge den sozialen Zusammenhalt und macht ihn spürbar (S. 40).

Genauso wie die Formen und Räume des Engagements verändern sich im Laufe der Zeit auch die politischen Ziele und Visionen als Resultat von Diskussionen und Auseinandersetzungen. Antonia Orellana erinnert sich, dass das Verhältnis von linkem politischen Aktivismus und Feminismus in Chile nicht immer konfliktfrei verlief. Dies motivierte sie, eine eigene, inklusivere Partei zu gründen. In seinem Essay wundert sich Jovan Džoli Ulićević, Direktor der Organisation Transbalkan, dass viele Demokratiebewegungen auf dem Balkan noch immer den Schulterchluss mit queeren Bewegungen infrage stellen, wohingegen antidemokratische Kräfte – ohne zu zögern – beides zusammendenken und zu einem Feindbild formen (S. 22). Als Beobachterin und Kommentatorin von EU-Politik analysiert schließlich Rosa Balfour den Aufstieg rechtsradikaler Parteien und regt an, zu hinterfragen, warum etablierte Parteien offenbar das Vertrauen vieler Menschen verloren haben (S. 36).

Demokrat*innen solidarisch zu unterstützen erfordert Maßarbeit. Wie individuell die Wege von einer Form des Engagements – wie dem Aktivismus – zu einer anderen Form – wie der institutionalisierten Politik – verlaufen können, bestätigen auch die sechs Porträts der Bildkolumne (S. 16). Sie stellt Persönlichkeiten vor, die den Weg in und aus der Politik gesucht und gefunden haben. Ihre Geschichten machen

deutlich, dass Demokratie auf die unterschiedlichste Art und Weise gestützt werden kann, abhängig von persönlichen Erfahrungen, Motivationen und Ressourcen, und gleichzeitig alle Wege eines gemein haben: den Mut, die eigenen Annahmen immer wieder zu hinterfragen. Gerade aus der Fähigkeit, offen für Veränderungen und Kurskorrekturen zu sein, schöpft die Demokratie ihre Stärke

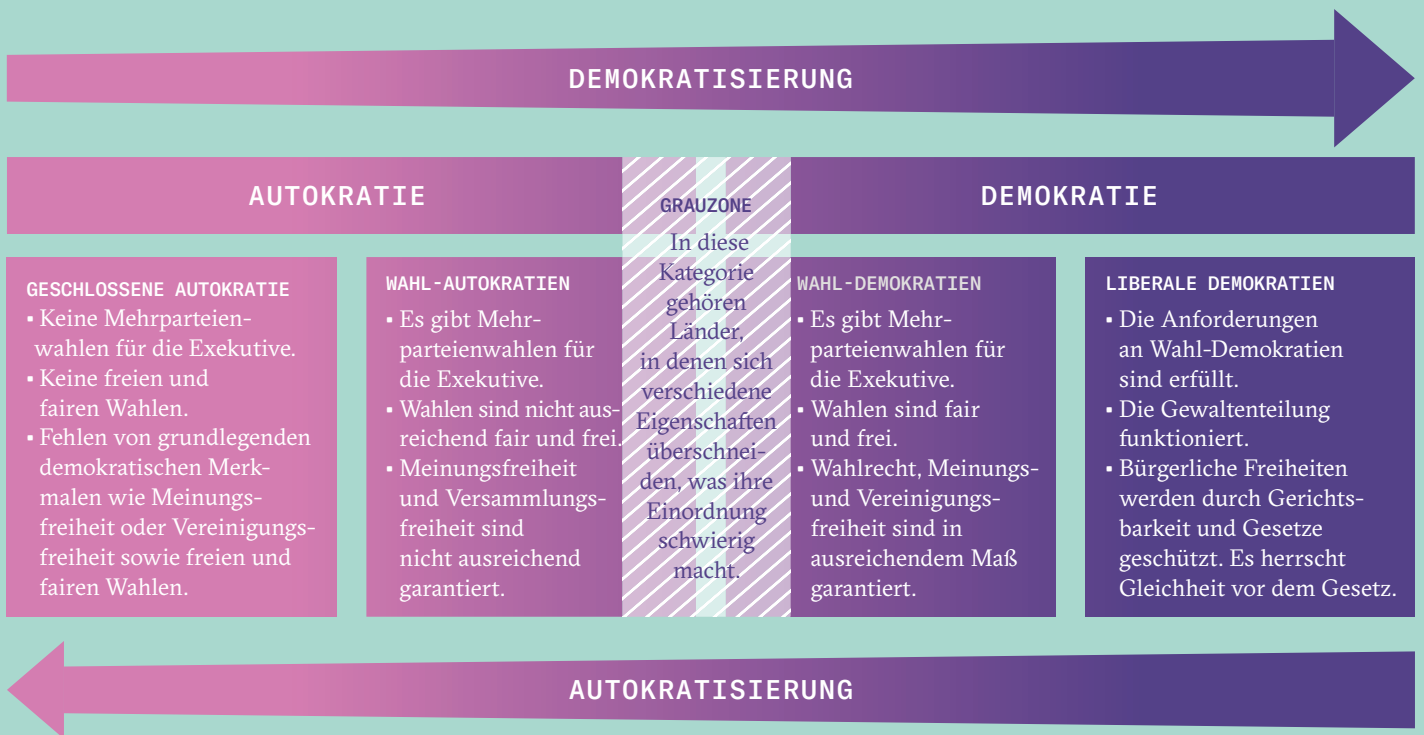
Immer wieder neu hinschauen, zuhören und Fragen stellen

Stärkung von Demokratie weltweit ist auch ein Grundprinzip demokratischer Außenpolitik. Die Beteiligten, ob Zivilgesellschaft, Philanthropie oder Regierungen, müssen sich mit unterschiedlichen Perspektiven auseinandersetzen. Auch haben sie die Aufgabe zu überprüfen, ob die Ziele mit den eingesetzten Instrumenten und Ressourcen in Einklang zu bringen sind, und sie sollten aus Rückschlägen lernen. Der Beitrag der indischen Sozialwissenschaftlerin Neha Dabhade illustriert, dass selbst der Blick auf demokratische Grundprinzipien wie Säkularismus im Detail sehr unterschiedlich ausfallen kann. Für eine Verständigung und gegenseitiges Lernen müssen alle Seiten bereit sein, die Normen und Erfahrungen der jeweils anderen zu übersetzen (S. 31). Sergio Rodriguez Prieto beschäftigt sich in seinem Artikel mit der Frage, wie das außenpolitische Instrumentarium auf friedliche, prodemokratische Protestbewegungen abgestimmt werden kann (S. 33). Die grüne Bundestagsabgeordnete Schahina Gambir analysiert in ihrem Kommentar, welche Lehren die Politik aus dem Engagement in Afghanistan ziehen muss, um weiter weltweit glaubwürdig für Demokratie und Menschenrechte einzustehen (S. 35). Ihr Beitrag zeigt, dass jeder Ort, jede Situation sowohl Protagonist*innen wie auch Unterstützer*innen immer wieder neu herausfordert, zuzuhören, hinzusehen und Fragen zu stellen. Demokratie lebt auch von der ständigen Anpassung – dadurch bleibt sie resilient.

Menschen in die Lage zu versetzen, sich für Mitbestimmung und individuelle Freiheitsrechte einzusetzen, ist eine gemeinsame globale Aufgabe. Auch die europäischen Demokratien können von den Erfahrungen anderer Länder lernen – die Probleme wie etwa Desinformation sind häufig die gleichen. Neben Rosa Balfour beschreibt auch Elene Panchulidze die demokratiespezifischen Herausforderungen für die Europäischen Union, sowohl hinsichtlich der eigenen Entscheidungsprozesse als auch dem Schutz vor der Einflussnahme von außen (Dossier, S. 6). Und auch in Sachsen stellt sich die Frage, was es braucht, damit motivierte Menschen den Mut finden, sich Rechtsextremismus entgegenzustellen – zum Beispiel laute Musik, wie es die Banda Comunale erfahren hat (S. 40).

Das letzte Wort schließlich kommt aus Afghanistan und fordert trotz aller Widrigkeiten eindrücklich auf, das internationale Engagement für Demokratie und Menschenrechte fortzusetzen – um die Demokrat*innen nicht allein zu lassen (S. 44).

Rasmus Randig ist Referent für Internationale Demokratie und stellvertretender Leiter der Globalen Einheit für Demokratie und Menschenrechte der Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel. Er studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Glasgow und Konstanz und arbeitete im Bereich Krisenprävention und Stabilisierung im Auswärtigen Amt.



Regime und Regimechange

Quelle: V-Dem: DEMOCRACY REPORT 2024

Demokratie in Daten

Text:
Heike Holdinghausen

Global betrachtet stehen Demokratien und Menschen, die sich für Demokratie einsetzen, weltweit zunehmend unter Druck – vergleicht man es mit den Jahren nach dem Ende der Sowjetunion, als an vielen Orten Optimismus herrschte. Demokratien sind nicht statisch, sie verändern sich – sowohl was die geografische Ausdehnung als auch was die Tiefe der Verankerung in einer Gesellschaft betrifft: Bürger*innen und Zivilgesellschaft müssen Mitbestimmung und Freiheitsrechte erkämpfen, um sie neu zu gewinnen oder zu erhalten.

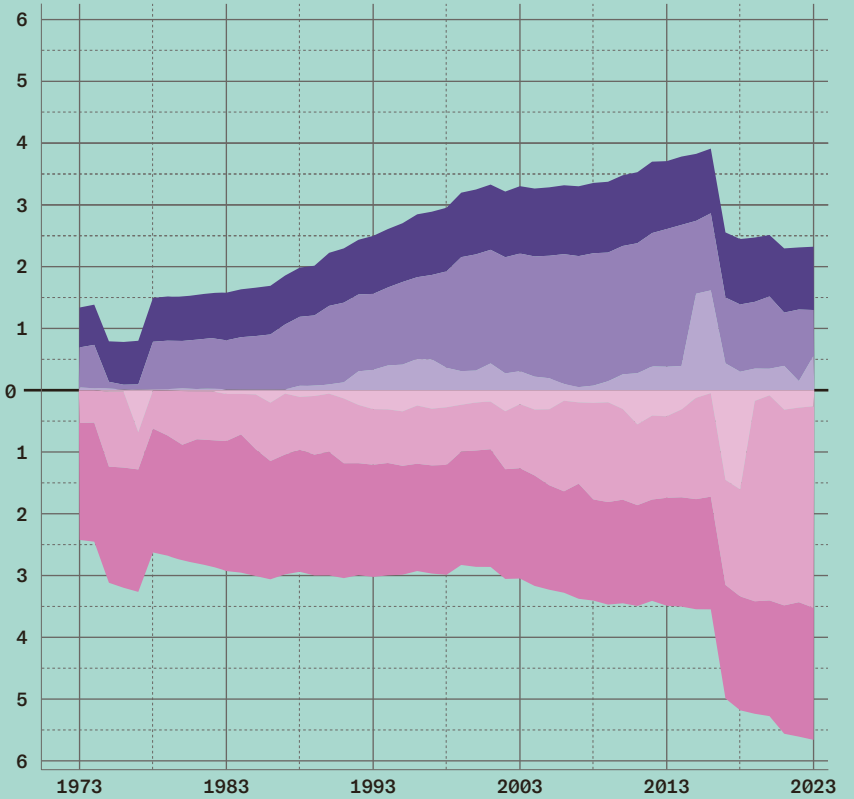
Formen der Herrschaft und ihre Entwicklung

In der Politikwissenschaft bedeutet Demokratisierung, dass ein Land mehr Eigenschaften demokratischer Systeme annimmt - etwa freie und faire Wahlen der Regierung oder das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die Entwicklung wird unabhängig von der Ausgangslage des Staates betrachtet.

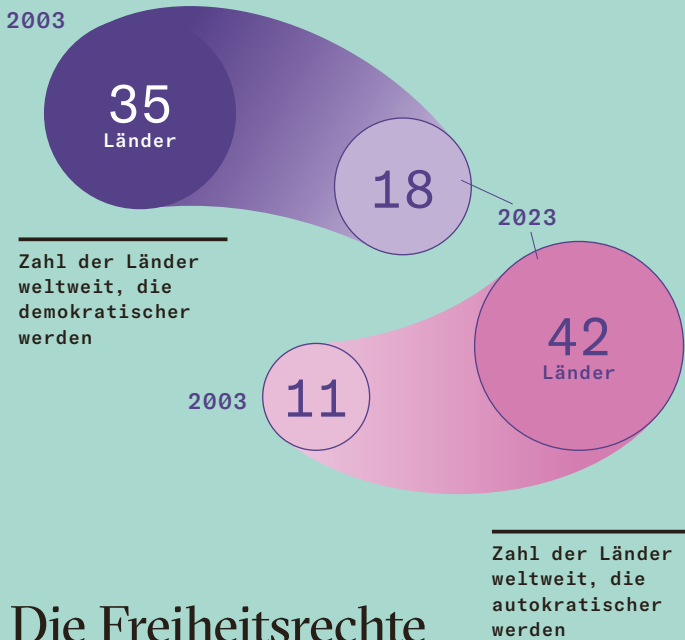
Demokratisierung in einer Autokratie kann eine Liberalisierung bedeuten, in einer Demokratie hingegen auch eine Vertiefung von Freiheitsrechten oder der Teilhabe an Entscheidungen.

Autokratisierung meint das Gegenteil.

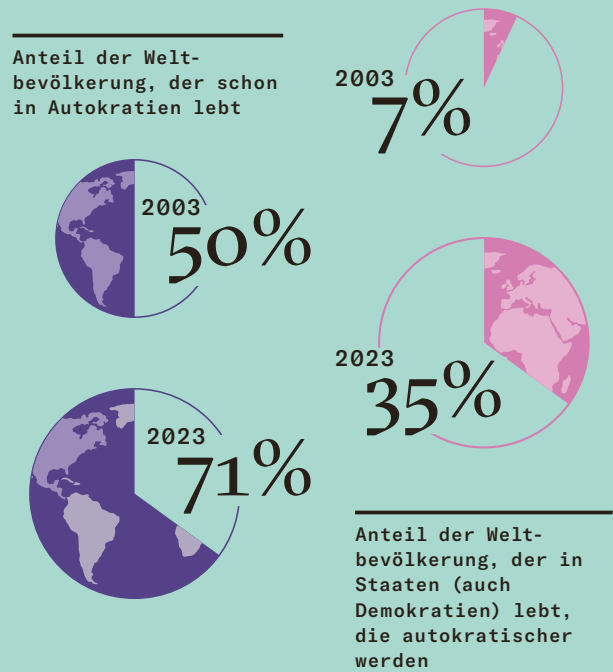
- liberale Demokratien
- Wahl-Demokratien
- Demokratie Grauzone
- Autokratie Grauzone
- Wahl-Autokratien
- geschlossene Autokratien



Regimeformen nach Weltbevölkerung, 1973-2023
Quelle: V-Dem: DEMOCRACY REPORT 2024



Die Freiheitsrechte unter Druck – 2003 und 2023 im Vergleich

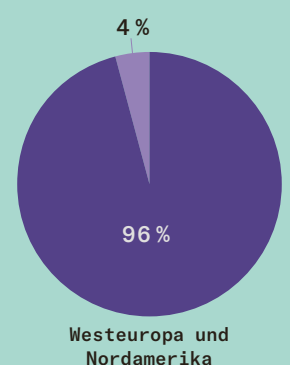
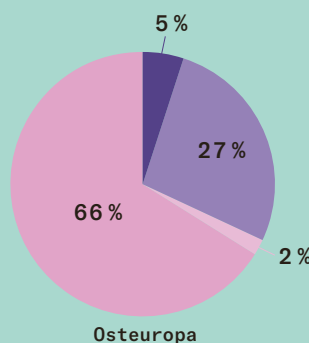
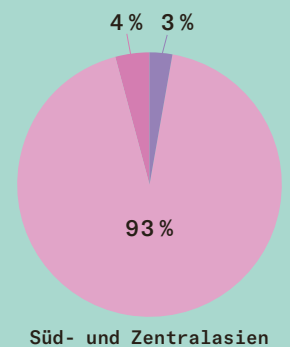
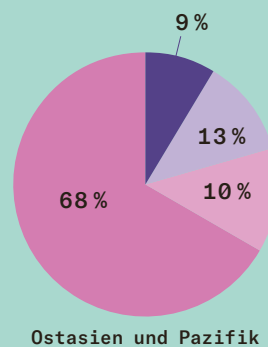
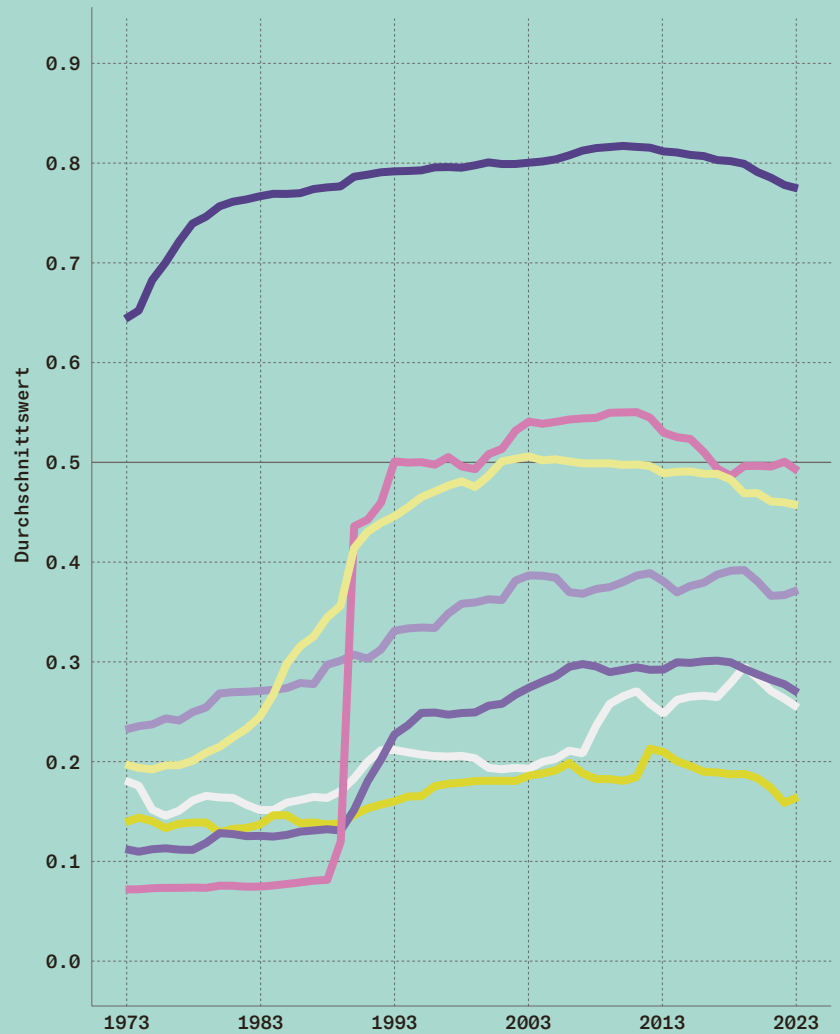


Dynamiken in 50 Jahren Demokratisierung: Seit 2009 leben wieder mehr Menschen auf der Welt in Autokratien als in Demokratien

- Ostasien und Pazifik
- Süd- und Zentralasien
- Naher Osten und Nordafrika
- Subsahara-Afrika
- Osteuropa
- Westeuropa und Nordamerika
- Lateinamerika und Karibik

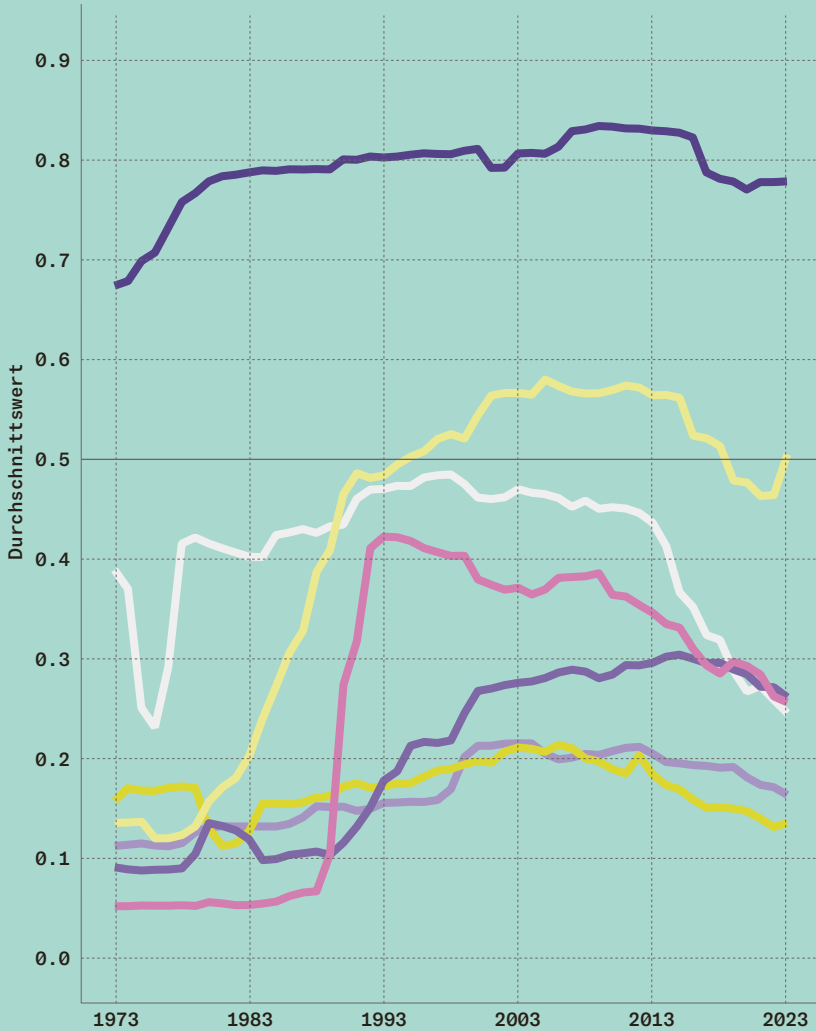
Regionale Trends für Demokratisierung
Quelle: V-Dem: DEMOCRACY REPORT 2024

A nach Ländern



Der Demokratiebericht 2024 basiert auf Daten des schwedischen Forschungsinstituts Varieties of Democracy (V-Dem). Es ist an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göteborg angesiedelt. Der Index liberaler Demokratien von V-Dem erfasst verschiedene Aspekte von Demokratie, etwa Wahlen, Zustand des Rechtsstaates oder der Meinungs-, Medien- und Vereinigungsfreiheit oder bürgerliche Freiheitsrechte. Der Index reicht vom niedrigsten Niveau von Demokratie (0) bis zum höchsten (1).

B nach Weltbevölkerungsanteil



Elene Panchulidze arbeitet als Wissenschaftlerin beim Netzwerk European Partnership for Democracy in Brüssel.

Drei Fragen an Elene Panchulidze zur Demokratie in Europa

Wie widerstandsfähig haben sich die europäischen Demokratien in den letzten Jahren erwiesen, Frau Panchulidze?

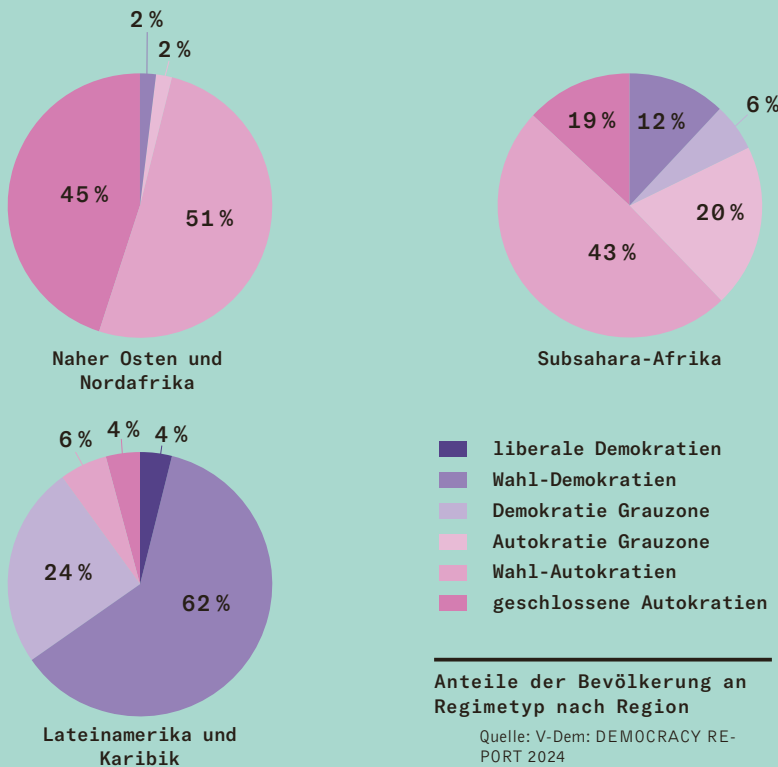
Bislang hat sich Europa dem weltweiten Trend zur Autokratisierung weitgehend entzogen. Selbst die schlimmsten Fälle in Osteuropa haben die Fähigkeit zur demokratischen Erneuerung bewiesen. Diese Widerstandsfähigkeit gegen Autoritarismus und Rechtspopulismus ist bemerkenswert. In den letzten Jahren wurde Europa von schweren Mehrfachkrisen heimgesucht, sowohl im Inland als auch im Ausland. Die Fähigkeit von Europas Demokratien, auf komplexe politische Krisen zu reagieren, ist vor allem auf starke Institutionen und aktive Bürger*innen zurückzuführen.

Wie demokratisch sind die Entscheidungen der EU-Institutionen selbst?

Ihre Art, Entscheidungen zu treffen, gilt häufig als technokratisch und wenig demokratisch. Zwar hat es verschiedene Versuche gegeben, den europäischen Bürger*innen die Entscheidungsfindung von Kommission, Parlament und Rat näherzubringen, etwa mit der Konferenz über die Zukunft Europas oder der Europäischen Bürgerinitiative. Diese Initiativen konnten das Demokratiedefizit der EU-Institutionen aber nicht beheben. Die EU sollte mehr Versuche unternehmen, die demokratische Beteiligung an ihren Entscheidungen zu verbessern.

Was wäre für einen «Schutzschild für die Demokratie in Europa» erforderlich?

Die Debatte über einen solchen Schutzschild dreht sich weitgehend um die Bedrohung durch Einmischung von außen. Zwar sind Angriffe externer Akteure beunruhigend, doch die meisten Ursachen für das demokratische Unbehagen in Europa liegen in seinem Inneren. Daher sollte es sich demokratisch erneuern, seine politischen Parteien, die Parlamente und die Organisationen seiner Zivilgesellschaft stärken, um die Bürger*innen besser mit der demokratischen Politik zu verbinden.





▲ «Schütze deine Stimme» ist eine der Kampagnen, die iLaw während der Wahl 2023 angestoßen hat, um Menschen zu ermutigen, die Wahlen zu beobachten und Berichte dazu auf einer Website zu sammeln. Auf dem Plakat zu der Kampagne ist in thailändischer Sprache zu lesen: «Auf dem Weg zu den Wahlen 2023» (schwarze Schrift) und «Wir können mehr tun, als die Wahlkabine zu betreten.» © iLAW.

Seit seiner Gründung 2009 hat iLaw in Thailand durch innovative Kampagnen und gezielte Initiativen die demokratische Partizipation im Land erheblich gestärkt.

Die Verfassung, von der ich träume

Text: Kannika Yodnin

Die Verfassung des Königreichs Thailand von 2017 ist die 20. Verfassung des Landes und stellt heute das höchste geltende Gesetz dar. Der Übergang von der absoluten Monarchie zur konstitutionellen Monarchie und damit zur demokratischen Herrschaft in Thailand mit dem König als Staatsoberhaupt fand 1932 statt. Bei der politischen Entwicklung gab es zahlreiche Herausforderungen, die auf fragwürdige Verfassungen zurückzuführen sind und die zu zusätzlichen Schwierigkeiten und politischen Auseinandersetzungen geführt haben.

iLaw, auch bekannt als Internet Dialogue on Law Reform, wurde 2009 mit dem Ziel gegründet, das öffentliche Bewusstsein zu schärfen und den Austausch über Herausforderungen im demokratischen Prozess zu fördern, um gemeinsam mit den Menschen positive Veränderungen zu bewirken. So unterstützt iLaw mithilfe der Internetmedien die Wahrnehmung des Rechts, Vorschläge zur Gesetzgebung einzureichen. Über die Website <http://ilaw.or.th> hat iLaw bisher Hunderte von Menschen miteinander verbunden und so die öffentliche Beteiligung an Gesetzgebungsprozessen in einer demokratischen Gesellschaft gefördert.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts und dem Putsch durch den Nationalrat für Frieden und Ordnung im Jahr 2014 hat iLaw die Inhalte der erlassenen Gesetze gesammelt, zusammengefasst und sie öffentlich zugänglich gemacht.

Unter dem Kampagnenslogan «Die Verfassung - gemeinsam zerlegen/auseinandernehmen, gemeinsam entwerfen, gemeinsam erschaffen» sammelte iLaw im September 2020 insgesamt 100.732

Unterschriften. Trotz dieser Bemühungen lehnte es das Parlament drei Monate später ab, die Vorschläge für die Verfassung in der ersten Sitzung zu akzeptieren.

Im August 2023, drei Monate nach den jüngsten nationalen Wahlen, rief eine Gruppe namens «Volksgruppe für den Verfassungsentwurf» Mitbürger:innen dazu auf, ihre Namen online bei iLaw einzutragen, damit ein neuer Gesetzesentwurf geprüft wird. 205.739 Menschen antworteten. Nur drei Tage vor der Frist informierte die Wahlkommission iLaw über eine Verordnung, die die Verwendung elektronischer Unterschriften gemäß dem Referendumsgesetz einschränkt. iLaw arbeitete daraufhin mit Organisationen und Freiwilligen zusammen und sammelte in den verbleibenden drei Tagen mehr als 200.000 physische Unterschriften. Diese Initiative hat bisher die meisten Stimmen sammeln können, die jemals im Rahmen einer öffentlichen Aktion für ein Referendum zusammenkamen.

Obwohl der Übergang zu einer idealen Verfassung noch im Gange ist, hat das, was iLaw in der Gesellschaft initiiert und gefördert hat, zu einer bedeutenden und wertvollen Verbesserung der demokratischen Beteiligung in Thailand geführt.

Kannika Yodnin arbeitet seit 2023 bei der Heinrich-Böll-Stiftung Südostasien und leitet das Programm für Demokratie und Partizipation. Zu ihren Aufgaben gehört die Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen sowie LGBTIQ- und feministischen Initiativen in ganz Südostasien.

«Aktivismus und Politik brauchen einander»

Interview:
Gitte Cullmann und
Angela Erpel Jara*

Antonia Orellana, Sie waren als Schülerin und Studentin in verschiedenen Protestbewegungen aktiv, heute bekleiden Sie ein Ministeramt. Warum sind Sie in die Politik gegangen? Gab es einschneidende Erlebnisse oder Erfahrungen?

Ich komme aus einer Familie, die politisch mitte-links einzustufen ist. Demonstrieren war mir also nicht fremd. Ich bin 1989 geboren und kann mich sogar an die Demonstrationen von 1992 erinnern, an denen meine Familie teilnahm. Ich habe auch gegen den Studienkredit CAE des chilenischen Staates protestiert, der zu einer hohen Verschuldung führte. Das alles war aber weniger eine bewusste Entscheidung. Es war eher eine natürliche Entwicklung.

Sie haben sich schon sehr früh der Student*innenbewegung angeschlossen. Wie kam es dazu?

Ende 2006 stand ich auf der Wahlliste meines Gymnasiums, um meine Kommiliton*innen in der Schulverwaltung zu vertreten. Im Gegensatz zu der großen Protestbewegung der Schüler*innen und Studierenden im Jahr 2011 und 2012 war die von 2006 allerdings eher unpolitisch. Von meinen Mitschülerinnen im Gymnasium hat sich danach auch keine mehr engagiert, obwohl sie damals sehr motiviert waren. So kam es, dass ich mich schon früh der Student*innenbewegung angenähert habe. Trotzdem war ich im Grunde eine Schülerin wie alle anderen.

Sie haben dann Journalismus studiert. Welche konkreten Projekte haben Sie an der Uni verfolgt?

Wir haben damals eine Organisation mit dem Namen «Schule für volksnahe Kommunikation» gegründet. Das war noch vor der Zeit, als alles digital wurde. Wir haben im Grunde sehr



▲ Antonia Orellana

einfache Social-Media-Taktiken für soziale Bewegungen und Presseorganisationen entwickelt und eingesetzt. Als dann die große Digitalisierung begann, habe ich bei mehreren Organisationen mitgearbeitet. Aber so richtig aktiv wurde ich um 2014, nachdem Melissa Sepúlveda zur Vorsitzenden der Föderation der Student*innen der Universität von Chile (FECH) gewählt worden war. Ich war Teil ihres Wahlkampfteams und später ihres Arbeitsteams und engagierte mich von da an mehr oder weniger im eben beschriebenen Spektrum.

War das der erste Schritt hin zur organisierten Interessensvertretung, zur institutionellen Politik?

Ich denke ja, immerhin handelt es sich um eine Föderation von Student*innen. In der Universität ist genau geregelt, wie, wo und von wem sie repräsentiert werden, zum Beispiel im Universitätsrat, aber auch in der Verwaltung. Ja, ich denke, dass sich hier mein Weg schon angedeutet hat, insbesondere im Hinblick auf mein Engagement im Feminismus.

Welche Rolle spielte denn der Feminismus in dieser Zeit für Sie?

Es war immer eine Art Zwiespalt, denn in jenen Jahren war es nicht sehr üblich, Feministin und gleichzeitig Parteimitglied zu sein. Es gab keine feministischen Gremien in den Parteien. Man musste sich irgendwann zwischen der Bewegung und der Partei entscheiden. Ich habe mich für die Partei entschieden und war dann eine von nur wenigen parteipolitisch engagierten Feministinnen. Es gab natürlich Frauenrechtlerinnen, zum Beispiel im Netzwerk Red Chilena, aber sie waren nicht mehr wirklich aktiv. Oder sie waren, wie manche sagen, «schlafende» Mitglieder der Bewegung der Einheitlichen Volksaktion, MAPU oder der Sozialistischen Partei PS.

Haben Sie wegen dieser Entscheidung Schwierigkeiten bekommen oder wurden Sie auch unterstützt?

Paulina Weber Ubilla hat mich damals an die Hand genommen. Sie selbst war ja eine linke Aktivistin und bis zu ihrem Tod im Jahr 2020 Mitglied von MEMCH, der 1938 gegründeten Emanzipationsbewegung chilenischer Frauen. Sie sagte mir damals, ich solle nicht auf aktive Parteipolitik verzichten. Aber es gab schon Spannungen, vor allem während der Wahlkämpfe. Man brachte mich natürlich mit Red Chilena in Verbindung, was den Mitgliedern des Netzwerkes gar nicht gefiel, allein schon, weil sich dort ja politisch vielfältige Stimmen zusammengefunden hatten. Das heißt, wir mussten sehr vorsichtig sein.

Wie blicken Sie heute auf Ihre Entwicklung: weg von einem eher autonomen Basis-Aktivismus hin zur institutionellen Politik?

Nun, meiner Meinung nach war es kein konventioneller Übergang. Denn tatsächlich sind ich und meine Mitstreiter*innen ja nicht einer traditionellen Partei beigetreten, sondern haben eine neue politische Kraft gegründet, die Partei Convergencia

Social (CS). Und wir wollten, dass sich viele Feministinnen beteiligen. Ich habe mich übrigens immer dagegen gestraut, über das Alter der Politiker*innen und Aktivist*innen des Frente Amplio zu sprechen und überhaupt die ganze Diskussion auf eine Generationenfrage zu reduzieren, was ja immer wieder thematisiert wird. Klar, wir sind ein junges Kabinett, aber wir haben die ganze Gesellschaft im Blick. Unser Hauptansatz besteht darin, den subsidiären Staat zu ändern, also den Staat, der öffentliche Basisdienstleistungen an private Unternehmen auslagert. Und das ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt.

Sie wollten ausdrücklich Feministinnen ins Boot holen. Hat sich beim Verhältnis von Aktivismus und institutioneller Politik jetzt etwas verändert in Chile?

Die sozialen Organisationen waren ja eigentlich immer politisch sehr engagiert. Fast alle Mitglieder der MEMCH-Bewegung und die Suffragetten waren Kommunistinnen. Mit dem «Verdammten Gesetz», wie es genannt wird, das 1948 die KP Chile verbot, begann das berühmte feministische Schweigen zu politischen Themen. Viele MEMCH-Mitglieder blieben zu Hause – nicht, weil es unter feministischen Gesichtspunkten nichts mehr zu kämpfen gab, sondern weil sie während der Pinochet-Diktatur damit rechnen mussten, im Konzentrations- und Folterlager von Pisagua zu landen. Bei der Gelegenheit: Ich glaube, wir begehen in der feministischen Bewegung manchmal den Fehler, unseren Weg als einen sehr außergewöhnlichen zu sehen. Tatsächlich waren alle sozialen Bewegungen auseinandergerissen worden: die Gewerkschaftsbewegung, auch die Studentenbewegung, die sich erst 1997/98 wieder formiert haben.

Sie sind den Weg vom Aktivismus in die institutionelle Politik sehr früh gegangen. Wie würden Sie aus Ihrer Erfahrung heraus jeweils die Grenzen und Chancen beschreiben?

Beides hat sein Gutes. Aktivismus ist natürlich etwas sehr Fließendes, sehr Selbstgesteuertes. Man entscheidet, welche Richtung man einschlägt. Das Gute der politischen Organisation besteht darin, freiwillig die kollektive Entscheidung über die individuelle zu stellen. In diesem Sinne sind Aktivismus und Parteipolitik natürlich unterschiedliche Wege, aber ich denke, sie brauchen einander. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ohne Aktivismus etwas erreicht wird. Aber ich glaube, dass es ohne politische Parteien eben auch nicht geht.

Wie war es für Sie, zur Ministerin ernannt zu werden, auf einmal im Rampenlicht zu stehen, Mitglied eines großen Apparates zu sein?

Als Journalistin und Angestellte im Rektorat der Universität von Chile hatte ich schon vorher mit den Behörden zusammengearbeitet. Es war also nicht mein erster Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung. Auch kannte ich das Problem, der öffentlichen

Antonia Orellana, ehemalige Aktivistin und seit 2022 Chiles Ministerin für Frauen und Geschlechtergleichstellung, hat ihren Weg in die Politik genutzt, um feministische und soziale Anliegen in die Regierung zu tragen. Sie ist überzeugt, dass echter Wandel nur durch eine Kombination aus aktivistischem Engagement und politischer Gestaltungskraft und vor allem durch offene Debatten erreicht werden kann.

«Menschen aus unterschiedlichen Lagern misstrauen sich gegenseitig und sprechen zu wenig miteinander. Aber nur die offenen Debatten helfen uns wirklich weiter.»

Meinung ausgesetzt zu sein. Aber es gibt etwas, was man vielleicht nicht richtig abwägt, und das sind die Auswirkungen auf die Familie. Denn es ist etwas anderes, wenn man so jung ist wie ich. Mit 35 Jahren bin ich zwar nicht so jung, aber alle meine Schwestern und Cousins und Cousinen sind natürlich mehr oder weniger in meinem Alter. Sie stehen mitten im Berufsleben und haben noch keine gesicherten Karrieren.

Was konkret hat denn Ihre Familie als Folge Ihres Ministerpostens erlebt?

Zum Beispiel, dass meine Schwester, die Filmproduzentin ist, von Gesetz wegen als enge Verwandte einer Amsträgerin keinen Zugang zu öffentlichen Mitteln hat. Bevor ich das Amt annahm, hatte ich auch an meinen Sohn gedacht und daran, was die gesteigerte Aufmerksamkeit mit ihm macht, aber mit dieser Art von Folgen für die anderen Menschen in meinem direkten Umfeld hatte ich nicht gerechnet.

Mit Blick auf den Präsidentschaftswahlkampf, auf die gesellschaftlichen Umwälzungen, die Verfassungsreform, auf Ihre nicht einfache Arbeit in der Regierung: Was motiviert Sie im heutigen Chile, weiter Politik zu machen?

In der Politik gibt es Dinge, die motivieren, und andere, die sehr demotivierend sind. Ermutigt hat zum Beispiel der erste Kongress zur nicht-sexistischen Erziehung und Bildung, den ich 2014 gemeinsam mit Kommilitoninnen an der Universität von Concepción organisiert habe. Mit nur rund 50 Euro, also fast ohne Geld. Das zeigt, dass es eine öffentliche Form gibt, die Konflikte im offenen Austausch zu lösen. Toll waren auch die landesweiten Tagungen zur nicht-sexistischen Erziehung und Bildung, die in weit über 70 Prozent der Schulen ab der 7. Klasse stattfanden. All das zeigt, dass es Gründe gibt, weiterzukämpfen. Außerdem bin ich nicht allein. Auch wenn ich diejenige in der Regierung bin, die man kennt: Wir sind eine ganze Generation. Ich meine damit nicht, dass wir das gleiche Alter haben, sondern einen gemeinsamen Nenner. Wir alle arbeiten daran, dass der Frente Amplio Erfolg hat. Dazu gehört auch, die feministische Frage in den Vordergrund zu rücken.

Was war während Ihres Lernprozesses als Ministerin das Wichtigste? Was würden Sie besonders hervorheben?

Ich denke, dass zwei Dinge relevant sind. Zum einen sollte man nicht so tun, als wäre alles neu und würde zum ersten Mal geschehen. Es wird oft gesagt, dass diese Regierung mit noch nie dagewesenen Hindernissen oder noch nie dagewesener Feindseligkeit seitens der Presse konfrontiert ist. Ich weiß

nicht, ob unsere Regierung und unser Präsident besser oder schlechter behandelt werden als andere. Oder ob es nicht auch andere Regierungen gab, die einen solchen Anstoß zum Wandel erlebten und sich einer so starken Opposition gegenübersehen. Darauf würde ich nicht wetten. Ich denke, der Unterschied ist, dass wir jedes Jahr Wahlen hatten. Das war schon großes Pech. Aber es war eine wichtige Erfahrung, aus der wir gelernt haben.

Und der zweite Punkt?

Der hat mit dem Altersunterschied und Vielfältigkeit zu tun. Es ist wichtig, andere Erfahrungen und Hintergründe miteinzubeziehen. Nicht alle haben einen feministischen Hintergrund, was meiner Meinung nach eine gute Sache ist. Das klingt jetzt vielleicht wie Managementgerede, aber ich denke, dass die Bandbreite beziehungsweise Vielfalt innerhalb der Teams sehr wichtig ist.

Vor Ihnen liegen noch zwei Jahre Regierungszeit. Wie werden die aussehen?

Das Thema Pflege ist uns derzeit besonders wichtig, es soll ein Schwerpunkt der Regierung von Präsident Gabriel Boric werden. Wir möchten einen neuen Blick werfen, was Wohlstand bedeutet. Wir stellen uns dieser Diskussion bisher nicht so wie die Europäer*innen. Warum nicht? Weil sie in Wohlfahrtsstaaten leben und wir nicht. Schon allein deshalb gibt es hier eine andere Vorstellung davon, was soziale Sicherheit bedeutet. Ich glaube, dass die Linken heute einen großen Fehler machen, wenn sie in eine Welt zurückkehren wollen, die nicht mehr existiert – mit der Idee im Kopf, dass ein Arbeitsvertrag der Weg zu sozialem Wohlstand ist.

Was ist Ihre Antwort darauf?

Mit unserem Entwurf für ein chilenisches Gesetz zur Unterstützung und Pflege wollen wir zeigen, dass die Pflege ein gesellschaftliches Anliegen ist und nicht ein durch Geldzahlungen lösbares individuelles Problem. Das wird nicht einfach werden und Zeit brauchen. Ich glaube aber, dass dies für die Länder, die nie eine Sozialfürsorge hatten, eine Gelegenheit ist, diese Idee neu zu diskutieren. Wir können auch die Kritik am subsidiären Staat neu debattieren. Der Frente Amplio und die Ministerin für Entwicklung und Familie, Javiera Toro Cáceres, zeigen, dass es einen anderen, einen chilenischen Weg zur Fürsorge und zum Wohlfahrtsstaat gibt.

Neben der Pflege ist auch das Thema Schwangerschaftsabbruch ein zentrales Anliegen feministischer Politik und derzeit wieder hochumkämpft. Was hat sich bisher getan, wo steht die Debatte heute?

Ich glaube, dass die gesellschaftliche Entkriminalisierung in den letzten Jahren stark an Fahrt aufgenommen hat. Als ich anfangs, aktiv in der Linken mitzuarbeiten, wurde ich beinahe aus einer Organisation ausgeschlossen, weil ich einen Workshop abgehalten habe, in dem über Schwangerschaftsabbruch diskutiert wurde. Das Recht auf einen selbstbestimmten und freien Schwangerschaftsabbruch war und ist in ganz Lateinamerika sehr wichtig und wir werden deshalb unsere Strategie der sozialen Entkriminalisierung beharrlich weiterverfolgen. Im Kongress wird das eine schwierige Debatte werden. Wie aber andere Erfahrungen, wie zum Beispiel die Auseinandersetzung um das Scheidungsrecht, gezeigt haben, helfen nur die offenen Debatten wirklich weiter, wenn wir einen Wandel im gesellschaftlichen Denken erreichen wollen.

Wie sehen Sie die Rolle der internationalen Organisationen als politische Akteure bei Ihren Themen?

Wir haben uns sehr stark für den interamerikanischen Zusammenschluss eingesetzt, zum Beispiel mit der Konvention von Belém do Pará zur Verhinderung, Bestrafung und Eliminierung von Gewalt gegen Frauen. Andere lateinamerikanische Linke haben sich entschieden, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu verlassen, weil sie mit Teilen des Führungspersonals nicht einverstanden waren. Dieses Vakuum haben nun antidemokratische Gruppen gefüllt. Gerade für die chilenischen Frauen war das interamerikanische Menschenrechtssystem immer wichtig, um Fortschritte bei der Konvention von Belém do Pará zu erzielen. Wir haben uns sehr stark für eine Mitgliedschaft in der OAS eingesetzt, mit allem, was sie mit sich bringt und was nicht immer positiv ist.

Können Sie ein Beispiel nennen für diesen Einsatz?

Für Lidia Casas, eine chilenische Juristin, die für die Interamerikanische Menschenrechtskommission kandidiert hatte, war es eine sehr undankbare Erfahrung, dass lokale antidemokratische Gruppen Kampagnen gegen sie in Washington gefahren haben. Durch die Süd-Süd-Kooperation und mit 144 Stimmen hauptsächlich von Ländern mittleren Einkommens haben wir jetzt erreicht, dass Patsilí Toledo, auch eine chilenische Juristin, die sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt einsetzt, zum ersten chilenischen Mitglied des Ausschusses der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau gewählt wurde. Das war so wichtig. Als Trump sein Amt antrat, gerieten das internationale Menschenrechtssystem und dessen Behörden in eine Finanzierungskrise, weil die Vereinigten Staaten viele Gelder gekürzt hatten. Dazu kommt, dass das Konzept der Menschenrechte vielen nicht ganz klar ist und dass es von konservativen und rechten Parteien auf eine linke Ideologie reduziert wird.

Wie blicken Sie auf die globalen Herausforderungen für Demokratie und Menschenrechte?

Ich glaube, dass wir uns heute in einer tiefen Krise des internationalen Systems der Menschenrechte befinden. Verursacht vor allem durch die Krise im Gazastreifen, aber auch durch den Krieg in der Ukraine. Meiner Meinung nach sind das zwei Dreh- und Angelpunkte. Diese Konflikte und wie sie gelöst werden, werden die nächsten Jahrzehnte prägen. Es ist das Menschenrechtssystem als Ganzes, das auf der Kippe steht. Seine Steuerung, seine Grenzen, das, was getan wird. Das wurde mir bei der Sitzung der UN-Frauenrechtskommission in New York auf beeindruckende Weise klar. Erstens wurden Länder, die die Menschenrechte von Frauen nicht respektieren, mit der Leitung der nächsten Kommission betraut. Zweitens gab es fast keine

Debatte zu Palästina oder hier in Amerika, zu Haiti. Oder darüber, dass mehr venezolanische Frauen in der Diaspora leben als Syrerinnen. Diese Versäumnisse zeigen doch deutlich die Lücken des Systems, das die Menschenrechte schützen soll. Und diese spielen derzeit eine wichtige Rolle bei der Frage, welche Richtung die Welt einnimmt oder einschlägt. Ich denke, dass die europäischen und die amerikanischen Linken hier eine besondere Verantwortung haben. Denn offensichtlich sind sie diejenigen, die den internationalen Menschenrechtsschutz besonders im Blick haben. Die Progressiven jener Länder, die sich in der internationalen Politik bewegen, sollten jetzt sehr genau darüber nachdenken, wie es zu dieser tiefen Krise gekommen ist.

Was würden Sie den folgenden Generationen, die sich für Politik interessieren? Was sollten sie wissen, wenn sie diesen Weg gehen wollen?

Ich denke, in der aktuellen Situation ist das Wichtigste, nicht anzunehmen, dass man gewinnt, nur weil man recht hat. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge. Ich kann sehr davon überzeugt sein, dass ich recht habe und trotzdem grandios scheitern – obwohl ich recht habe. Wegen des gegenseitigen Misstrauens zwischen unterschiedlichen Lagern sprechen Menschen häufig zu wenig miteinander. Die kognitiven Verzerrungen, die die Technologie hervorbringt, tun ihr Übriges. Für mich ist es von grundlegender Bedeutung, dass wir Feministinnen dialogbereit sind.

Wie kann dieser Dialog aussehen?

Wir müssen Alternativen schaffen, um mit der anderen Hälfte der Bevölkerung zu kommunizieren. Denn wenn wir das nicht tun, werden wir, so wie sich die Welt entwickelt, Frauen haben, die zunehmend liberal denken, nicht progressiv links, sondern liberal, und Männer, die zunehmend reaktionär sind, nicht unbedingt konservativ, aber reaktionär. Das heißt, wenn wir keine Änderung in der feministischen und linken Strategie ansteuern, werden wir weiterhin nur von weiblichen Wählerinnen unterstützt. Und wir werden einen von Männern getragenen Rechtsextremismus haben.

Antonia Orellana ist Ministerin für Frauen und Geschlechtergleichstellung in der chilenischen Regierung. Sie hat Journalismus studiert, war Mitglied des feministischen Netzwerks Red Chilena contra la violencia hacia las mujeres (Chilenisches Netzwerk gegen Gewalt an Frauen) und Mitglied des Gründungsteams der Partei Convergencia Social von Präsident Gabriel Boric.

Gitte Cullmann ist Soziologin und Wirtschaftswissenschaftlerin. Sie hat an der Universität Münster studiert. Seit 2020 leitet sie das Internationale Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Santiago de Chile (Regionalbüro für Bolivien, Chile and Peru).

Angela Erpel Jara arbeitet als Koordinatorin für Demokratie und Menschenrechte bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Santiago de Chile.

* Mitarbeit: Rasmus Randig

Die Seiten- wechsler*innen

Interviews:
Christina Focken
Illustrationen:
Marie Guillard

**Marie Hélène
Ndiaye, Dakar,
Senegal**

Marie Hélène Ndiaye erinnert sich noch sehr gut daran, wann und warum sie zur Aktivistin wurde. In der High School gab es zwei Kandidat*innen für den Vorsitz des Englischclubs, einen Jungen und ein Mädchen. «Ich habe für das Mädchen gestimmt, denn sie war besser als der Junge.» Viele Schüler*innen dachten das gleiche. Als sie gewann, protestierte einer der Jungen: «Eine Frau wird uns nicht anführen.» Daraufhin sagte ein Lehrer zur Gewinnerin: «Okay, kein Problem, lass ihn den Club anführen und du wirst die Vizepräsidentin.» Ndiaye beschloss, gegen diese Ungerechtigkeit zu kämpfen. Einige Jahre später wurde sie nicht nur Präsidentin des Englischclubs ihrer High School, sondern gründete schließlich ihren eigenen Englischclub und setzte sich für Frauenrechte ein. Immer wieder wurde ihr gesagt, sie solle in die Politik gehen. «Aber ich war nicht interessiert.» Als sie erkannte, dass es auf kommunaler Ebene nur wenige Arbeitsplätze für Frauen gab, änderte sie ihre Meinung. «Die Frauen, die dort waren, arbeiten zum Großteil als Reinigungskräfte. Ich sagte mir, dass etwas passieren muss.» Im Jahr 2014, im Alter von 23 Jahren, wurde sie Gemeinderätin und setzte sich unter anderem dafür ein, dass Frauen bessere Positionen bekamen. Doch schließlich erlebte sie Diskriminierung innerhalb ihrer Partei, aufgrund ihres Geschlechts und ihres jungen Alters. «Ich habe die gleiche Ungerechtigkeit erlebt, gegen die ich schon in der Schule gekämpft habe.» Sie verließ die Partei und möchte ihre politische Karriere demnächst als unabhängige Kandidatin fortsetzen.





Daniel Langthasa, Haflong, Assam, Indien

Lange Zeit hätte Daniel Langthasa es nicht für möglich gehalten, dass er einmal Politiker würde. Davon abgehalten hat ihn unter anderem, dass man in der Politik «auf die eine oder andere Weise Kompromisse eingehen» müsse. «Ich habe die Freiheit genossen, die ich mit meiner Form des Aktivismus hatte.» Als Musikaktivist kritisierte Daniel Langthasa alias Mr. India auf sarkastische Weise Politik und Gesellschaft, insbesondere in seiner Heimat Nordostindien. Diese Region ist von indigenen Gruppen bevölkert und wird von sogenannten Autonomous Councils verwaltet. Im Jahr 2017 erhielten die Angestellten in Langthasas Heimatstadt Haflong 12 Monate lang keine Gehälter von der Regierung. Während sie protestierten, ging die Polizei mit Gewalt gegen die Demonstrant*innen vor und verhaftete einige Gewerkschaftsmitglieder. «Ein Jahr lang habe ich versucht, etwas zu bewirken, indem ich Proteste organisierte, sogar in der indischen Hauptstadt Delhi.» Als er nach Haflong zurückkam, blickte er zurück auf all das, was in den vergangenen 12 Monaten geschehen war. Und fasste einen Entschluss: «Wir versuchen, die Leute, die an der Macht sind, zu überzeugen. Es wäre besser, ein Beispiel zu sein und ein besserer Politiker zu werden.» Er trat dem Indian National Congress bei und wurde in den Autonomous Council gewählt. 2022, nach etwa vier Jahren, verließ Langthasa die Partei. Vielen in der Partei sei es hauptsächlich um ihre Karriere gegangen. Themen, die ihm wichtig waren, zum Beispiel Umweltschutz, seien vernachlässigt worden. «Ich kam aus einem aktivistischen Umfeld. Ich wollte eine richtige Veränderung, eine Veränderung in der Politik.» Kürzlich gründete Langthasa ein Komitee zum Schutz der Rechte der indigenen Gruppen Nordostindiens. Er ist außerdem am Aufbau einer neuen Regionalpartei beteiligt.

Aktivismus und Politik – zwei Gebiete, die sich oft überlappen, ergänzen und doch sehr verschieden sind. Was bringt Menschen dazu, von dem einen ins andere zu wechseln? Sechs biografische Skizzen zur Entscheidung, eine Grenze zu übertreten – vom einen ins andere Gebiet und manchmal auch wieder zurück.


Barbara Lochbihler, Berlin, Deutschland

2006 hatte Deutschland die Ratspräsidentschaft bei der EU inne. Und Barbara Lochbihler musste als Amnesty-Vertreterin die Forderungen zu den Menschenrechten zusammenstellen und der deutschen Regierung nahebringen. «Das hat bei mir dazu geführt, dass ich mich detailliert mit der Europäischen Union als einem Akteur für die Menschenrechte auseinandergesetzt habe.» Zu diesem Zeitpunkt war Barbara Lochbihler deutsche Generalsekretärin von Amnesty International. Das Thema Menschenrechte begleitete sie seit ihrem Studium in München. Damals hatte sie sich in einer autonomen Frauengruppe zum ersten Mal mit Frauenrechten in Deutschland und dem Globalen Süden beschäftigt. «Dann, mit 50, habe ich mir überlegt, ob und wie ich als Mandatsträgerin im Bereich der Menschenrechte etwas erreichen kann.» 2009 kandidierte Lochbihler auf Platz 5 der Grünen-Europaliste. Ihr Ziel war es nicht, in der Karriereleiter nach oben zu klettern. «Ich wollte eben umsteigen, nicht aufsteigen.» Im Europäischen Parlament leitete Lochbihler unter anderem den Menschenrechtsausschuss. 2019 kandidierte sie nicht mehr, engagiert sich aber weiterhin für Menschenrechte, unter anderem im UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen

und der Internationalen Kommission gegen die Todesstrafe. Als Vizepräsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland bleibt sie der EU verbunden: «Immer da, wo ich auftrete, versuche ich, für die Europäische Union zu werben. Natürlich kritisch konstruktiv, aber auf jeden Fall aktiv gegen die erstarkenden Antidemokraten.»



Mbali Ntuli, Durban, KwaZulu- Natal, Südafrika

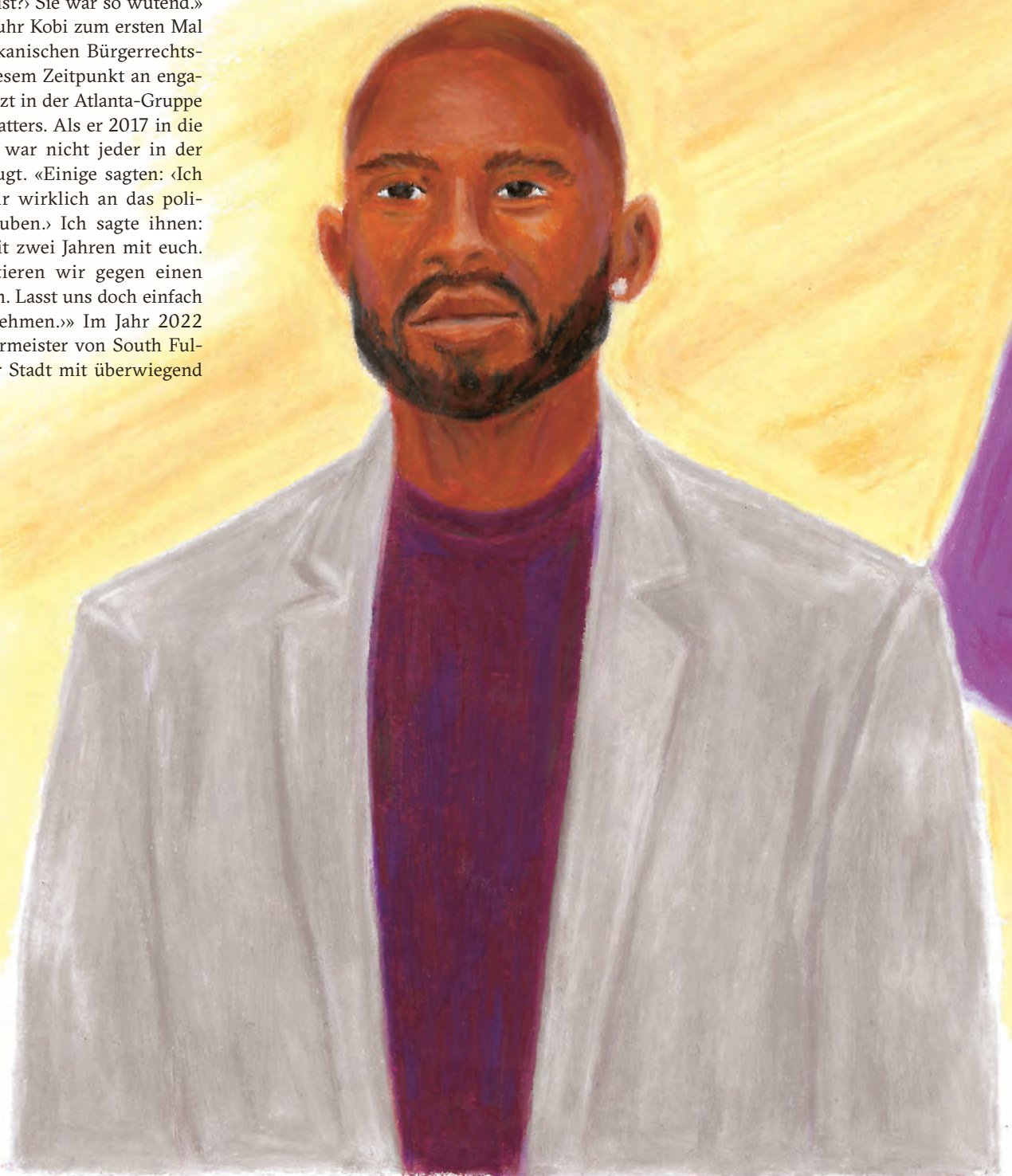
A portrait of Mbali Ntuli, a Black woman with long, dark, braided hair. She is wearing a white collared shirt under a dark red blazer. She is looking slightly to the right of the camera with a neutral expression. The background is a soft, light purple and blue wash.

Mbali Ntuli wusste schon seit ihrem sechsten Lebensjahr, dass sie irgendetwas machen will, um die Gesellschaft voranzubringen. Viele ihrer Familienmitglieder waren in soziale Projekte involviert und sprachen oft über Politik. Während ihres Studiums engagierte sie sich in der südafrikanischen Partei Democratic Alliance. Nach ihrem Abschluss begann sie ihre politische Laufbahn als Stadträtin und später Mitglied des Provinzparlaments von KwaZulu-Natal. Im Laufe ihrer Karriere erlebte sie ihre Partei jedoch als ein toxisches Umfeld. Die Leitung der Partei habe etwa Disziplinarverfahren missbraucht, um Mitarbeiter*innen zu kontrollieren. Außerdem hatte Ntuli große Konflikte mit einer Vorsitzenden, die teils öffentlich ausgetragen wurden. «Ich hatte den Eindruck, dass vieles, was ich da erlebt habe, gegen die Prinzipien der Partei verstieß.» Im Jahr 2020 kandidierte Ntuli für den Posten der Bundesvorsitzenden, in der Hoffnung, die Partei verändern zu können. Sie verlor die Wahl, arbeitete jedoch weiter in der Legislative ihrer Provinz KwaZulu-Natal. Sie erinnert sich noch, wie sie eines Abends eine Rede für den nächsten Tag schrieb. «Und während ich schrieb, dachte ich, dass ich eigentlich lieber alles andere machen würde als das hier; dass ich eigentlich sogar lieber sterben würde. Dieser Gedanke hat mich erschüttert, denn ich würde mir niemals das Leben nehmen, wegen meiner Tochter.» Ntuli suchte sich professionelle Hilfe und verließ die Partei. «Es war sehr erleichternd, nicht mehr Teil des Bullshits zu sein. Trotzdem vermisse ich die Politik immer noch sehr. Aber ich kann meine Fähigkeiten, die ich in der Zeit erworben habe, in meiner derzeitigen Arbeit sehr gut gebrauchen.» Momentan arbeitet Ntuli als Geschäftsführerin von Groundwork Collective, einer Gruppe, die sie gegründet hat, um politische Bildung und soziales Unternehmer*innentum zu fördern.

Mayor Kobi, South Fulton, Georgia, USA

Eines Tages, als er noch ein kleiner Junge war, zog Kobi sich an, um zur Schule zu gehen. Doch seine Mutter sagte ihm, es sei ein Feiertag. Er wusste nicht, wovon sie sprach. Seine Schule beging an diesem Tag keinen Feiertag. «Sie sagte: «Es ist Martin Luther King Day.» Ich fragte: «Wer ist Martin Luther King?» Und sie: «Bringen sie dir nicht bei, wer das ist?» Sie war so wütend.» An diesem Tag erfuhr Kobi zum ersten Mal von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Von diesem Zeitpunkt an engagierte er sich, zuletzt in der Atlanta-Gruppe von Black Lives Matters. Als er 2017 in die Politik wechselte, war nicht jeder in der Bewegung überzeugt. «Einige sagten: «Ich weiß nicht, ob wir wirklich an das politische System glauben.» Ich sagte ihnen: «Ich protestiere seit zwei Jahren mit euch. Jedes Mal protestieren wir gegen einen gewählten Beamten. Lasst uns doch einfach deren Plätze einnehmen.» Im Jahr 2022 wurde Kobi Bürgermeister von South Fulton, Georgia, einer Stadt mit überwiegend

Schwarzen Einwohner*innen. Laut Kobi könnte South Fulton als Vorbild für einen politischen Wandel dienen. «Wenn es einen Ort in Amerika gibt, an dem wir wirklich systematisch damit beginnen könnten, das umzusetzen, was wir uns in der Black-Lives-Bewegung erträumt haben, dann ist es dieser Ort. Bei progressiven Ideen sagen die Leute oft: Oh, das ist nett, aber es wird nie funktionieren. Auf lokaler Ebene, wo nicht so viel auf dem Spiel steht, kann man zeigen, dass es tatsächlich funktioniert. Und von dort aus aufbauen.»





Mila Carovska, Skopje, Nordmazedonien

«Wenn du protestieren gehst, dann werden dir alle Türen verschlossen sein», warnte man Mila Carovska. Um für eine bessere Gesundheitsversorgung und Sozialpolitik zu sorgen, hatte Carovska als Teil der NGO Health Education and Research Association (HERA) eng mit der mazedonischen Regierung zusammengearbeitet. Doch als 2013 die Regierung das Recht auf Abtreibung einschränkte, beschloss sie, für ihre und die reproduktiven Rechte anderer Frauen auf die Straße zu gehen. Das Engagement von Carovska erregte die Aufmerksamkeit der Oppositionspartei, der Sozialdemokratischen Union Mazedoniens. Zunächst leitete sie deren Kommission für Sozialpolitik. Nach den Wahlen im Jahr 2016 wurde sie Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik.

Carovska hatte für diesen Posten gekämpft: «Wenn du den Stift in der Hand hast, kannst du entscheiden und die richtigen Dinge unterschreiben.» Zunächst erlebte sie die Arbeit als erfolgreich. Zusammen mit dem Finanzminister hatte sie sich vor der Wahl auf sozialpolitische Reformen geeinigt, von denen sie einen großen Teil gemeinsam umsetzen konnten. Doch 2019 gab es Veränderungen in der Partei, unter anderem einen neuen Finanzminister. Für Carovska schienen nicht mehr die Menschen, sondern Unternehmen im Mittelpunkt zu stehen. «Aber ich habe immer noch für dieselbe Sache gekämpft.» Sie verfolgte ihre politische Karriere weiter als Vizepremierministerin einer Übergangsregierung und danach als Bildungsministerin. In dieser Position versuchte sie unter anderem die sexuelle Aufklärung in Schulen zu verbessern. Carovska wurde zur Zielscheibe von Konservativen, die falsche Aussagen darüber verbreiteten. Im Jahr 2021 trat Carovska schließlich zurück. Trotz der Schwierigkeiten während ihrer politischen Laufbahn ist sie dankbar für die Erfahrungen, die sie gemacht hat. Sie helfen ihr in ihrer jetzigen Position als Direktorin von HERA, der NGO, für die sie vor ihrer politischen Karriere gearbeitet hatte. «Alle Informationen über das System und die Abläufe in der Politik sind von unschätzbarem Wert. Es gibt keinen anderen Ort, wo man das alles lernen kann. Jetzt ist alles viel einfacher für mich.»

Christina Focken ist freie Journalistin und lebt in Berlin. Dort studierte sie Gender Studies und Regionalstudien Asien/Afrika. Ihr Masterstudium der Global Studies führte sie außerdem nach Bangkok und Buenos Aires.

Antidemokratische und geschlechterfeindliche Kräfte nutzen legitime Frauen- und LGBTIQ-Rechte, um mit diesen Themen Diskussionen so emotional aufzuladen, dass sie die Gesellschaft vergiften. Dagegen hilft nur, sich für zivile Umgangsformen und demokratische Ideale einzusetzen und auch den Marginalisierten und Unterdrückten zuzuhören.

Solidarität als politische Entscheidung

Ein Essay von Jovan Džoli Ulicevic

Ich weiß gar nicht, wie oft ich mich für die «Inklusion» queerer und feministischer Bewegungen in prodemokratische Bewegungen, Gesprächen und Aktionen eingesetzt habe. Eigentlich sogar öfter als in aktivistischen, politischen und intellektuellen Kreisen, in denen die Verbindung zwischen den verschiedenen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit eigentlich selbstverständlich und unabdingbar sein sollte. Ich war sogar so weit, diese Räume als «nicht-traditionelle Räume für Feminismus/Queer-Aktivismus» zu bezeichnen. Ich erkläre immer noch unermüdlich, dass breite, integrative und strategische prodemokratische Bewegungen nicht nur für marginalisierte Gemeinschaften, sondern auch für die Demokratie und unsere Gesellschaften an sich von Vorteil sind.

Gleichzeitig fällt auf, dass sich antidemokratische, neofaschistische und rechte Bewegungen immer darüber einig waren, dass die Themen Gleichstellung der Geschlechter, sexuelle und reproduktive Rechte sowie Racial Justice und Migrantengerechtigkeit nicht nur Teil, sondern Kernstück ihrer Politik und ihres Narrativs sein sollten. Sie stellen diese Gemeinschaften auf jede erdenkliche Art und Weise in den Mittelpunkt, was ihnen effizient politischen und wirtschaftlichen Nutzen einbringt. Diesen Nutzen ziehen sie sowohl daraus, dass verschiedene marginalisierte Menschen als die «Anderen» abgestempelt werden, die unsere Gesellschaften fürchten und daher unterdrücken beziehungsweise auslöschen oder ausstoßen sollten, bevor sie angeblich uns unterdrücken. Oder aber man bezieht sie in die Gruppe mit ein, als Aushängeschild der eigenen Inklusivität und vielfältigen und progressiven Politik. In jedem Fall werden viele Menschen dabei auf eine oder mehrere marginalisierte Identitäten reduziert, was dann die *Opferolympiade* unterstützt. Im ersten Fall bekämpfen diese Kräfte solche Gemeinschaften, indem sie Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Transphobie, Rassismus, Islamophobie und Antisemitismus als Waffen einsetzen. Im zweiten Fall besteht die Waffe darin, ihre autokratischen, kolonialistischen, oligarchischen und autokratischen *modi operandi* zu rechtfertigen, was auch als *Pinkwashing* bezeichnet wird. Beides bekräftigt den Opferkult als grundlegendes Instrument antidemokratischer Kräfte. Sie machen sich so die allgemeine Frustration über prodemokratische Politik und ihr Versagen, für Konsistenz zu sorgen und ihr Versprechen des Wohlstands für alle einzulösen, als Manipulationswerkzeug zunutze.

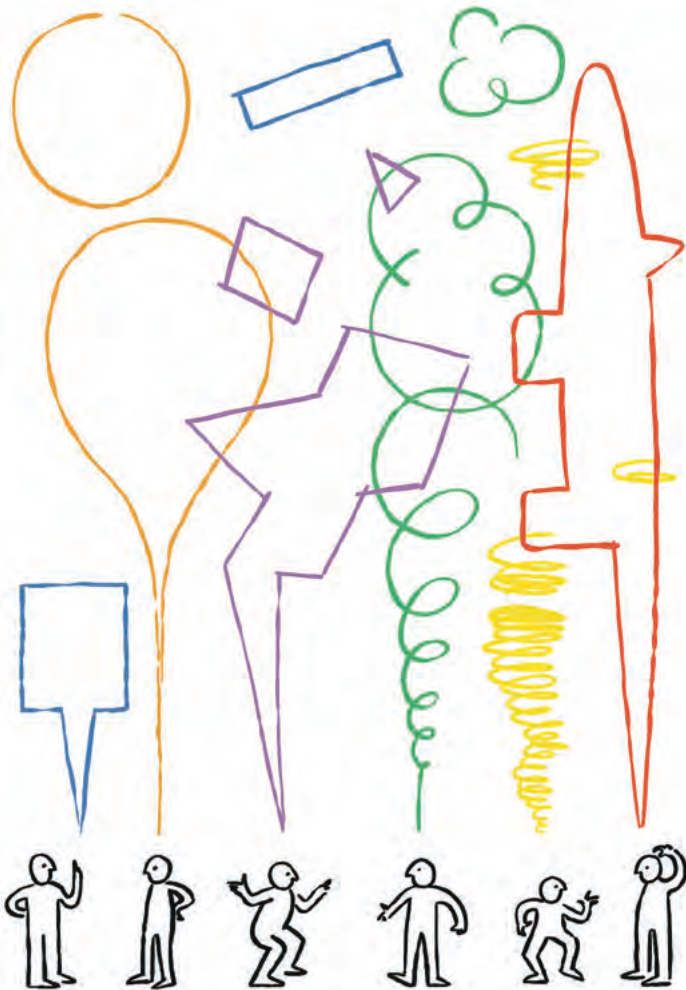
Leben wir echte Inklusion, wenn wir uns allein auf die Repräsentation marginalisierter Gruppen konzentrieren?

Kürzlich nahm ich an einem sehr inspirierenden Forum zur Friedensbildung teil. Es sprachen dort viele engagierte Aktivist*innen und Entscheidungsträger*innen, die sich gemeinsam für eine feministische Friedensbildung einsetzten. Eine recht prominente Feministin wiederholte: «Frauen sollten in allen Entscheidungsbereichen vertreten sein.» Da kam ich nicht umhin zu denken: Ja, aber reden wir nicht schon seit Jahrzehnten darüber? Wie viele Jahre müssen noch vergehen, bis es Realität wird? Leben wir denn verstärkte Inklusion, wenn wir uns rein auf Repräsentation konzentrieren, oder verstärken wir damit nur Tokenisierung? Sind unsere Identitäten eine Garantie für eine progressive, feministische und demokratische Politik? Und wann werden wir müde zu wiederholen, dass die Rechte von Frauen, Queers, Transsexuellen, Migrant*innen und Menschen mit Behinderungen alles Menschenrechte sind? Und wenn wir es endlich müde werden, was werden wir dann ändern, um als Bewegungen strategischer, effizienter und proaktiver zu werden?

Wenn man sich der Antwort auf diese Fragen annähern will, stößt man immer wieder auf den Begriff der Solidarität, der sich ja ständig weiterentwickelt. Ich stimme da Sara Ahmed zu, die sagt: «Solidarität setzt nicht voraus, dass wir dieselben Kämpfe bestreiten, dass unser Schmerz derselbe ist oder dass wir auf dieselbe Zukunft hoffen. Solidarität bedeutet Engagement und Arbeit und die Erkenntnis, dass wir, wenn auch nicht die gleichen Gefühle, das gleiche Leben oder den gleichen Körper haben, auf der gleichen Erde leben.» Das überstrapazierte Wort Solidarität bewegt sich ständig im Grenzbereich zwischen einer fast bis zur Unkenntlichkeit missbrauchten Schabigheit und Hoffnung auf Utopien, so utopisch, dass dass einem kaum jemand einen Vorwurf machen kann, seine utopischen Fantasien noch nicht hinter sich gelassen zu haben. Und wenn es um Grenz(zeit)räume geht, kommt mir besonders jetzt unwillkürlich der italienische Kommunist und Philosoph Antonio Gramsci und sein berühmter Ausspruch in den Sinn: «Die alte Welt stirbt, die neue, versucht geboren zu werden, dies ist die Zeit der Ungeheuer.» Genau das spüren wir in dieser globalen Stunde auch. Ja, wir leben in der Zeit der Ungeheuer, und die neue Welt ist noch nicht geboren. Zwar

entgleitet uns die Solidarität in dieser Atmosphäre nicht, wandelt aber auch nicht auf utopischen Pfaden, sondern sie wird irgendwie zu einer selbstverständlichen Kategorie, was sie relativ und anfällig für unsere Subjektivität macht. Und so ist es mit allen selbstverständlichen Kategorien – wir definieren sie über Gefühle, die ein trügerischer Kompass sein können, vor allem weil Gefühle ja nicht nur psychologische Zustände sind, sondern auch soziale und kulturelle Praktiken. Vielleicht fragt Gramsci deshalb in seinen Gefängnisheften, warum der Faschismus in Italien ausgerechnet zu einem Zeitpunkt in der Geschichte auftauchte, als alle Bedingungen für die Entwicklung der sozialistischen Revolution gegeben waren. Kommt Ihnen das bekannt vor?

In jüngster Zeit ist in vielen Ländern eine Debatte über Transgender-Menschen entbrannt: Was soll man mit ihnen machen, welche Rechte stehen ihnen zu, gibt es so etwas wie zu viel Gleichberechtigung? Natürlich gibt es auch viele andere Debatten über viele verschiedene Gruppen, man vergleicht sie miteinander und diskutiert darüber, wer Frieden, Ressourcen, Menschenrechte und Chancen verdient. Das zeigt sich auch in der aktuellen Diskussion über palästinensische, jüdische und ukrainische Menschen und viele andere. Diese Diskussionen zeigen die Instrumentalisierung dieser falschen Dichotomien sowie willkürliche Solidarität. Hier, ebenso wie in der lebhaften Debatte um Bewegungen, die sich entweder auf *Prinzipien und Werte* oder auf *Identitäten und Opferrolle* stützen, ist unschwer zu erkennen, wer am Ende der große Gewinner sein wird. Dies ist der Nährboden für den Aufstieg (neo-)faschistischer und rechtsextremer Kräfte auf der ganzen Welt, was sich auch in den Ergebnissen der Europawahlen zeigt.



Nachdem ich vor ein paar Wochen eine klare Verbindung zwischen antidemokratischen und geschlechterfeindlichen Kräften hergestellt hatte, fragte mich ein Vertreter einer Institution, ob es nicht besser wäre, diese Themen getrennt zu behandeln, weil wir doch durch die Verbindung eine nur noch stärkere Gegenreaktion hervorrufen würden. Ich antwortete, dass diese antidemokratischen Kräfte, zu denen Politiker*innen, verschiedene religiöse Organisationen, Denkfabriken, scheinbar basisdemokratische Kollektive und in einigen Fällen sogar angebliche Frauenrechtsorganisationen gehören, von dieser Angst profitieren. Sie sind sich der Verbindung bewusst und nutzen sie maximal aus, während die prodemokratischen Akteur*innen dies nicht tun. In unserer Region, dem westlichen Balkan (wie auch in vielen anderen Gegenden), wird die Delegitimation von Frauen- und LGBTIQ-Rechten meist als Waffe eingesetzt, da die antidemokratischen und geschlechterfeindlichen Kräfte ganz genau erkannt haben, dass sich diese emotional aufgeladenen Themen zur Zerstörung der Demokratie einsetzen lassen. Zugleich sind sie sich bewusst, dass viele Engagierte sich entweder nicht für diese Themen interessieren oder nicht verstehen, dass sie ein integraler Bestandteil der Geschichte von Demokratie, Sicherheit und Friedensschaffung sind. Dieses Versäumnis nutzen (in unserem Fall) prorussische autokratische und andere antidemokratische Kräfte aus, um unsere Länder zu destabilisieren, den Frieden zu gefährden.

Machen wir die gleichen Fehler, wenn wir nicht alle unsere Leute, ihr Wissen und ihre Belange mit im Boot haben?

Darüber hinaus wird unter dem Deckmantel einer dekolonialen Gesinnung und Perspektive der russische imperiale und subimperiale Einfluss seines wichtigsten Stellvertreters in der Region ausgeweitet, nämlich Serbien. Wenn wir als fortschrittliche, stark prodemokratische Bewegungen über uns selbst reflektieren, sollten wir uns fragen: Machen wir nicht einen Fehler, wenn wir nicht alle unsere Leute, ihr Wissen und ihre Belange mit im Boot haben? Fehlt uns zu einer ganzheitlichen Sicht nicht ganz wesentlich die Verbindung unserer verschiedenen Kämpfe? Und was und wen sind wir bereit zu opfern, um uns gewisse Privilegien und die Illusion von Macht zu wahren? Die Antwort darauf ist die Antwort auf die Frage: Was ist nötig für den Frieden? Denn ohne Frieden, den wir heute nicht haben und in Zukunft noch weniger haben werden, wenn diese Konstellation bestehen bleibt, wird alles auf der Strecke bleiben, wofür wir gearbeitet haben, alle unsere Kämpfe – wie ein Lied, das plötzlich verstummt.

Anti-Gender- und antidemokratische Bewegungen nähren sich vom Pessimismus der progressiven Bewegungen. Vielleicht müssen wir unser kollektives Denken stärken, nicht mit bloßer Zweckdienlichkeit im Blick, sondern als Vision einer Wiedergeburt demokratischer Ideale, die konsequent gelebt statt nur bekundet werden müssen. Um eine Demokratie wiederzubeleben, die sich selbst treu und transformativ sein will, die den Status quo aufhebt und die Erfahrungen aller Marginalisierten und Unterdrückten miteinbezieht, muss diese Demokratie dekolonial, antifaschistisch und somit feministisch und queer sein. Solidarität muss eine politische Entscheidung sein.

Jovan Džoli Ulićević ist ein Aktivist aus Montenegro und beschäftigt sich mit den Themen Antifaschismus, Queer-Aktivismus und Feminismus. Er studierte Biologie an der Fakultät für Naturwissenschaften und Mathematik an der Universität Donja Gorica in Podgorica und ist dort derzeit im letzten Jahr für Diplomatie und Internationale Beziehungen eingeschrieben. Džoli leitet die Organisation Spektra und das Trans Network Balkan. Er ist Mitglied des Aktivist:innen-Zirkels der Guerrilla Foundation.



▲ Das "Theater der Unterdrückten":
Das Publikum ist stets Teil des Schauspiels,
bestimmt und gestaltet mit.

«Wir müssen die Jugend
ihre Fehler machen
lassen, sonst werden wir
sie verlieren.»

Der Theatermacher Hosni el Mokhlis hat sich in der Bewegung des 20. Februar 2011, dem sogenannten Arabischen Frühling, in Marokko politisch engagiert – und wechselte dann mit jungen Leuten zum «Theater der Unterdrückten». Ein Gespräch über die Kraft der Kunst, die Fähigkeit zur Kritik und die Notwendigkeit, Freiräume für Debatten zu schaffen.

Hosni, in einem Interview vor einigen Jahren hast du mal gesagt, du träumst von einem würdevollen Leben in Marokko, du träumst davon, in einer Demokratie zu leben. Was ist aus diesem Traum geworden?

Der Traum ist immer noch ein Traum. Um zu sagen, dass wir in einer Demokratie leben, muss man ja folgende Fragen beantworten: «Sind die Gewalten getrennt? Sind Justiz und politische Macht miteinander verflochten? Wie steht es um die Qualität der Meinungsfreiheit, der Gedankenfreiheit?» Wir haben noch einen weiten Weg vor uns.

Um diesen Weg zu gehen, engagierst du dich im «Theater der Unterdrückten». Kannst du mir erzählen, was das genau ist? Und was ihr dort für eine Arbeit macht?

«Das Theater der Unterdrückten» ist eine Theatermethodologie, die vom brasilianischen Dramatiker Augusto Boal in den Ende der 1960er Jahre während der Diktatur in Brasilien erfunden wurde. Es ist ein Theater, das die Teilnahme des Publikums ermöglicht. Wir nennen das Publikum den «Spect-Actor», das heißt: Das Publikum schaut zu und nimmt an der theatralischen Handlung teil. Es ist ein Theater, das die Menschen zum Nachdenken anregt, aber auch dazu, in Richtung Veränderung zu handeln. Es ist ein Theater, das Probleme aufwirft und versucht, gemeinsam mit dem Publikum Lösungen und Alternativen zu finden.

Wie genau macht ihr das? Habt ihr eine besondere Technik?

Wir sind spezialisiert auf das sogenannte Forumtheater. Das bedeutet vor allem, in der Gruppe eine bestimmte Dynamik zu schaffen. Es ist nicht diese Art von Theater, bei dem der Regisseur eine Idee hat und dann die Schauspieler und Schauspielerinnen ruft. Nein. Die ganze Gruppe ist an diesem Prozess beteiligt. Forumtheater bedeutet weiter, dass wir ausbilden und schulen. Jedes Jahr bieten wir zum Beispiel einen offenen Workshop an, und mittlerweile kommen deswegen Leute aus von Casablanca weit entfernten Gegenden zu uns.

Damit wir uns etwas mehr vorstellen können: Welches Stück führt ihr gerade auf?

Wir haben gerade zwei Schwerpunkte. Da ist zum einen das Stück, das es schon lange gibt und das wir auch schon oft mit der Heinrich-Böll-Stiftung gemacht haben. Es heißt «Le Conte

Des Nez» (Das Märchen der Nasen) und spricht über die Akzeptanz des Anderen, über Migration und Unterschiede. Das ist unser vielleicht berühmtestes oder bekanntestes Stück, mit dem wir ständig unterwegs sind. Und dann haben wir uns in den letzten zwei Jahren mit der Gewalt gegen Frauen während der Covid-Zeit auseinandergesetzt. Dieses Stück heißt «Il n'y a rien à prouver» (Es gibt nichts zu beweisen).

Du warst bei der Protestbewegung in Marokko dabei, die am 20. Februar 2011 begann, hast also politisch gearbeitet. Gab es eine Erfahrung oder ein Schlüsselerlebnis, das dich dazu brachte, nach einem Jahr ins Theater und zur Kunst zu wechseln?

Ich hatte ja schon vorher Theater gemacht. Vor dem 20. Februar habe ich in Spanien, in Barcelona, fünf Jahre lang gelebt und hatte eine Ausbildung im «Theater der Unterdrückten» hinter mir. Im Jahr des 20. Februar war ich im Kommunikationskomitee dieser Bewegung, weil ich mehrere Sprachen spreche, nämlich Arabisch, Französisch und Spanisch. Nach etwa einem Jahr begannen die Demonstrationen nachzulassen, und wir, die Demonstranten, wurden immer weniger im Vergleich zu denen, die uns zusahen. Wir marschierten durch die Straße und die Leute sahen uns zu.

War es diese Erfahrung, die dich motivierte, einen anderen Weg zu suchen?

Mich hat das damals schockiert und ich dachte: «Ich kenne das «Theater der Unterdrückten», warum es nicht den jungen Leuten vorschlagen?». Und die waren sehr motiviert, etwas Neues auszuprobieren, nach all diesen schlechten Erfahrungen. Also begannen wir mit Proben in dem Raum, in dem wir die Generalversammlungen der Bewegung hatten. Nach drei oder vier Monaten gingen wir auf die Straße und begannen unsere Arbeit, die wir bis jetzt tun.

Jetzt, mehr als zehn Jahre nach den Ereignissen und zehn Jahren Theater: Hat sich etwas durch eure Arbeit verändert im Vergleich zu dem, was du 2011 erlebt hast?

Ich müsste lügen, wenn ich behaupten wollte, wir hätten auf der Makroebene viel bewegt. Aber auf der Mikroebene eben doch eine ganze Menge. Ich denke, wir haben dazu beigetragen, dass die marokkanische Zivilgesellschaft beginnt, das Forumtheater oder Kultur im Allgemeinen als Motor des Wandels oder

als Motor für die Entwicklung von Veränderungsprojekten zu sehen. Nicht als Sahnehäubchen auf dem Kuchen oder als Abschlussvorstellung eines Projekts. Wir versuchen zu vermitteln, dass Kunst, dass Theater zum sozialen und politischen Wandel beitragen oder zumindest den Menschen helfen kann, zu kritisieren und eine Entscheidung zu treffen. Ich denke, wir konnten viele Debatten öffnen und öffnen sie weiterhin.

Kannst du mir ein Beispiel geben, ein Thema nennen, das ihr gemeinsam mit den Menschen mit eurem Theater angestoßen habt?

Wie spielten ein Stück über Demokratie, Korruption und das marokkanische Justizsystem, vor etwa sieben oder acht Jahren. In diesem Stück gab es einen Richter, der ein Urteil fällen sollte, aber er erhielt einen Anruf. In diesem Moment haben wir den Leuten gesagt, sie sollten teilnehmen und wir fragten sie: «Was wird der Richter tun, wenn er diesen Anruf erhält?». Viele Leute wollten nicht eingreifen, aber ich werde mich immer an einen Mann erinnern, den wir «den Verrückten des Viertels» nannten. Er ergriff das Wort, der Richter wehrte ihn ab und er erwiderte: «Nein! Das Problem bin nicht ich, man muss denjenigen suchen, der anruft.» Alle begannen zu applaudieren. Auf Mikroebene ist das Ziel, das Bewusstsein zu schärfen. Das mag wenig erscheinen, aber für uns ist es sehr wichtig, wenn die Menschen erkennen, dass es ein kollektives Bewusstsein gibt, weil die Leute bereit sind zu sehen, zu kritisieren und eine Entscheidung zu treffen.

Hast du jemals darüber nachgedacht, dich auf andere Weise für die Gesellschaft zu engagieren? Als Journalist zum Beispiel oder in einer etablierten oder neuen politischen Partei?

Ich habe es mit einer politischen Partei versucht, aber nach einem Jahr konnte ich nicht mehr. Schon bei der zweiten oder dritten Sitzung wusste ich, dass das nicht mein Weg ist, einfach weil es so viele Diskussionen gab. Meine Freunde kennen mich, ich benutze oft das Wort «Sprachproduktion». Es kam mir selten vor, von einer Sitzung zur nächsten zu gehen, von einer Pressemitteilung zur nächsten. Es war nicht mein Weg, aber es gibt andere junge Leute in dieser Bewegung, die diesen Weg gegangen sind und gut zurechtkommen.

Ermöglicht das Theater Dinge, die die Politik nicht kann, und umgekehrt?

Aus meiner Sicht entscheiden Politiker ein wenig für die anderen, während in dieser Art von Theater gemeinsam entschieden wird. Hier in Marokko sehen wir die Politiker nur zu den Wahlen. Sie sind etwas entfernt. Was das Theater tun kann, ist, die

Distanz zum Publikum zu verringern oder diese Distanz sogar ganz aufzuheben und zur Aktion überzugehen. Politiker oder Politikerinnen, selbst wenn sie zuhören, sind diejenigen, die die Aktion alleine für die anderen durchführen. Das bedeutet nicht, dass die Politik schlecht ist, sie hat auch ihre Rolle auf der Makroebene. Sie kann Lobbyarbeit auf institutioneller Ebene leisten. Sie kann Themen im Parlament diskutieren. Sie kann Dinge in den Gemeinden bewegen. Wenn man echte Politik macht.

Bei der Europawahl haben viele junge Leute für rechtsextreme Parteien gestimmt. Wie kann man sie dazu bringen, frei zu debattieren, und nicht nur in den fragmentierten sozialen Netzwerken?

Es gibt einen Unterschied, ob man jemand wirklich unterstützt oder die Rolle des weisen oder wissenden Mannes annimmt, der sagt, was zu tun ist. Wir haben das Gefühl, dass es immer noch der weiße Mann ist, der uns sagt: «Das ist gut für dich und das ist nicht gut für dich.» Die marokkanische Jugend wird zunehmend empfindlich gegenüber dieser Bevormundung. Ein Jugendlicher hat seine Eltern, er hat die Schule, er hat die Institutionen. Wenn du in Vertretung der Zivilgesellschaft oder als Akteur *in des Wandels kommst und bevormundest, wird es Widerstand geben.

Wie sieht gute «Unterstützung» denn konkret aus?

Man muss die jungen Leute träumen lassen, ihnen vertrauen und vor allem sie ihre Fehler machen lassen. Es ist nun mal so in der Politik: Wenn jemand lange regiert oder überhaupt regiert, macht er Fehler, und wenn er nichts tut, gewinnt er, weil er nichts gemacht hat. Das ist gefährlich, besonders wenn es die jungen Leute sind, die so abgestimmt haben. Wir müssen Räume für sie schaffen. Wir müssen sie ihre Fehler machen lassen, ihnen zuhören, sie begleiten und nicht den Pädagogen, die Eltern oder Schule spielen. Sonst werden wir sie noch mehr verlieren.

Hosni el Mokhlis ist Regisseur und gleichzeitig der künstlerische Leiter des Theaters der Unterdrückten in Casablanca sowie der Vereinigung Gorara für Kunst und Kulturen. Parallel arbeitet er als Trainer im Forumtheater und nimmt an zahlreichen Kulturprojekten als Berater teil.

Rasmus Randig ist Referent für internationale Demokratie und stellvertretender Leiter der globalen Einheit für Demokratie und Menschenrechte der Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel. Er studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Glasgow und Konstanz und arbeitete im Bereich Krisenprävention und Stabilisierung im Auswärtigen Amt.

Balanceakt für Belarus



Der Exilverein Razam ist ein wichtiger Anker im Alltag der Menschen, die vor politischer Verfolgung nach Deutschland geflohen sind. Und für die Aktivist*innen in der Heimat, die sich gegen Lukaschenko und sein Unrechtsregime erheben. InaValitskaya und der Judoka Dzimitry Shershan helfen beide auf ihre Weise, dass ihre Landsleute weder Mut noch Kraft verlieren.

Text: Jens Uthoff

Dzmitry Shershan weiß, wie man kämpft. Und er weiß, wie man mit fairen Mitteln kämpft. Shershan ist ein Judoka aus Belarus, ein berühmter Athlet in seinem Heimatland. Im Jahr 2016 war er Olympia-Teilnehmer, zwei Jahre später gewann er die Bronzemedaille bei den Europameisterschaften. Heute lebt der 35-Jährige in Duisburg, ist Trainer des Judo-Clubs 71 Düsseldorf. In der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt veranstaltet er auch Treffen für die belarussische Exilgemeinschaft in Deutschland, «bei denen Politik und Sport zusammenkommen und wir über die Situation in Belarus sprechen.» Shershan hat ein breites Lächeln, unter seinem weißen Muscle-Shirt lugen durchtrainierte Oberarme hervor.

Shershan wird in seinem Heimatland politisch verfolgt, er floh Ende 2021 aus Belarus nach Deutschland. Kurz nachdem der belarussische Präsident Lukaschenko 2020 die Präsidentschaftswahlen manipuliert hatte und Oppositionelle auf den Straßen von Polizisten verprügelt worden waren, unterschrieb er mit mehr als 100 anderen bekannten belarussischen Sportler*innen einen offenen Brief. «Wir verurteilen die Fälschung der Wahlergebnisse durch den Präsidenten der Republik Belarus sowie das Ausüben grober Gewalt durch die Sicherheitskräfte gegen die friedlich protestierenden Bürger», hieß es darin. Shershan nahm 2020 auch an den Demonstrationen gegen den seit 30 Jahren regierenden Lukaschenko teil. «Ich war damals bestimmt zehn, fünfzehn Mal an den Wochenenden auf der Straße», sagt er rückblickend im Zoom-Gespräch. «Wir haben nur dort gestanden und wollten unser Demonstrationsrecht wahrnehmen. Keiner der Protestierenden war aggressiv. Die Polizisten jagten uns trotzdem, sie verprügelten die Teilnehmer, traten sie. Es war himmelschreiend ungerecht.»

Die Menschenrechtsslage in Belarus hat sich seither eher noch verschlechtert. Mindestens 1.392 politische Gefangene hält das Regime Lukaschenko in Haft (Stand: Juli 2024) – so viel zählt die belarussische Menschenrechtsorganisation Viasna, die aus dem Exil agieren muss und vom belarussischen Innenministerium als «extremistische Vereinigung» eingestuft wird. Ales Bjaljazki, Mitgründer von Viasna und Friedensnobelpreisträger 2022, sitzt in Haft. Viktor Babariko, Präsidentschaftskandidat von 2020, ebenfalls – wie seine Unterstützerin und Wahlkampfleiterin Maria Kolesnikowa. Wie es ihnen derzeit geht, weiß niemand.

Auch Angehörige von Menschen, die sich für ein demokratisches Belarus einsetzen, werden von den Behörden drangsaliert. So machte der in der Schweiz lebende regimekritische Schriftsteller Sasha Filipenko Ende 2023 publik, dass sein Vater in Belarus mit Verweis auf die politische Haltung seines Sohns verhaftet wurde. Nach 15 Tagen kam er wieder frei.

Dzimitry Shershan ist heute aktives Mitglied bei Razam, der bekanntesten belarussischen Exilorganisation in Deutschland. Der Verein gründete sich exakt am 9. August 2020 – dem Tag, als Lukaschenko die Wahlergebnisse manipulierte. Razam heißt im Deutschen «gemeinsam» oder «zusammen». Die Organisation hat rund 300 Mitglieder und ist in ganz Deutschland präsent, in München, Bremen, Hamburg, Berlin und mehreren Städten in Nordrhein-Westfalen. Razam begreift sich unter anderem als Kulturverein, so will der Verein etwa die belarussische Sprache und Kultur pflegen – auch, weil die Russifizierung innerhalb des Landes immer weiter vorangetrieben wird. In Deutschland lebten Ende 2022 etwa 29.000 Belarus*innen, darunter viele im Exil. Für sie ist Razam ein wichtiger Anker im Alltag.

Der Judoka Shershan organisiert Sportfeste und bringt belarussischen Kindern im Exil seinen Sport bei

Shershan kämpft nun für die Verfolgten in seinem Heimatland. In einem Düsseldorfer Park veranstaltete er zum Beispiel vor zwei Jahren ein Sportfest. Er legte dort Judomatten aus, brachte belarussischen Kindern im Exil seinen Sport bei. Die Kids hüllten sich in weiß-rot-weiße Flaggen, die Farben der belarussischen Bürgerrechtsbewegung.

▼ Dzimitry Shershan





▲ Ina Valitskay

Die mehr als 100 Teilnehmer*innen schrieben gemeinsame Briefe an politische Gefangene in ihrem Heimatland, sammelten Spenden für deren Kinder. Die zu Unrecht Inhaftierten sind zu einem großen Thema bei Razam geworden. «Wir stehen in der moralischen Pflicht, den politischen Gefangenen und ihren Familien zu helfen, so gut es geht», sagt Dmitry Chigrin, Vorstandsmitglied von Razam, im Zoom-Gespräch. Laut offiziellen Zahlen sitzen in Belarus mehr Menschen in politischer Haft als in Russland – das 16-mal so viele Einwohner*innen hat (9 vs. 144 Millionen). In Belarus gibt es zurzeit 155 politische Gefangene pro einer Million Einwohner*innen, in Russland sechs.

Razam organisiert auch konkrete Hilfe für die Familien der politischen Gefangenen in Belarus. Weihnachtsgeschenke

mit Schulbedarf und Spielzeug für Kinder gehen in die Heimat. Der Kontakt zu Familien und Freunden kann derzeit nur über Messengerdienste gehalten werden. Zurück in ihr Land trauen sich die meisten Oppositionellen nicht, sie haben Angst, verhaftet zu werden. Eines der Hauptanliegen Razams in Deutschland ist es, wieder und wieder an die Situation in Belarus zu erinnern. «Unser Ziel ist es, die demokratische Bewegung zu unterstützen und die Stimme der Belarus*innen in Deutschland zu sein. Wir wollen Belarus auf der Agenda halten», sagt Chigrin. Er lebt bereits seit 1998 hier, ist Experte für Computer-Physik und Privatdozent für theoretische Physik an der RWTH Aachen University. Bei Razam leitet er eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Aufbau zivilgesellschaftlicher und demokratischer Netzwerke und Kontakte in Deutschland und der EU für ein «hoffentlich bald freies Belarus» befasst. «Wichtig ist zudem die Advocacy-Arbeit für

belarussische Bürger*innen in Deutschland und der EU. Wir verstehen uns auch als Interessenvereinigung.»

VEREIN RAZAM

Der Verein Razam wurde am 9. August 2020 gegründet, dem Tag, als Lukaschenko die Wahlergebnisse manipulierte. Die Organisation hat rund 300 Mitglieder und ist über Deutschland verstreut, es existieren Zusammenschlüsse in München, Bremen, Hamburg, Berlin und mehreren Städten in Nordrhein-Westfalen. In Deutschland lebten Ende 2022 etwa 29.000 Belarus*innen, darunter viele im Exil.

Die Organisationsform als «eingetragener Verein» hat der Vorstand bewusst gewählt: «Es ist eine sehr demokratische Organisationsform, die sowohl unseren Zielen als auch unseren Werten und unserer Mentalität sehr gut entspricht», schreibt die erste Vorsitzende Yuliya Salauyova. Dennoch sei es manchmal ein Balanceakt, Lobbyarbeit für Belarus zu betreiben. Denn wie weit ein (gemeinnütziger) Verein politisch agieren darf, ist seit vielen Jahren Gegenstand der öffentlichen Debatte und juristischer Auseinandersetzungen. Allerdings gibt es durchaus Spielraum für politisches Engagement – Razam etwa wacht vor allem darüber, dass die Menschenrechte respektiert und eingehalten werden. Die Aufmerksamkeit für Belarus schwindet derweil. Seit der russischen Invasion in der Ukraine 2022 richtet sie sich ganz auf das Nachbarland, Belarus wird im russisch-ukrainischen Krieg als Ko-Aggressor betrachtet. Mittlerweile schaut die Welt zudem auf Israel und Gaza. Der wohl härteste Staatsapparat auf europäischem Boden taucht da nur noch unter ferner liefen in den Medien auf. Razam hat deshalb im Juni gemeinsam mit anderen Initiativen eine Ausstellung zum inhaftierten Friedensnobelpreisträger Ales Bjaljzki im Bundestag organisiert. Im Paul-Löbe-Haus wurde auf Stellwänden das Leben des Bürgerrechtlers nachgezeichnet, der in Belarus zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Zur Ausstellung reiste auch sein alter Weggefährte bei der NGO Viasna an, der Menschenrechtsanwalt Leanid Sudalenka. Auch er war zeitweilig inhaftiert, ist inzwischen wieder frei und lebt im Exil. Bei seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung sagte er: «Ich möchte immer wieder in Erinnerung rufen, dass Europa nicht irgendwo bei Warschau endet. Dahinter gibt es ein kleines, ganz schönes Land, das wir irgendwann einmal in einem demokratischen Europa sehen wollen.»



Ina Valitskaya versteht sich als Kulturvermittlerin und hilft Exilbelaruss*innen, an einen neuen Pass zu kommen

Ina Valitskaya stammt aus Orscha im Osten von Belarus, lebt aber schon seit 2003 in Deutschland. Sie wohnt heute in München, ist ebenfalls im Vorstand von Razam. Die 43-Jährige organisiert in der bayerischen Landeshauptstadt seit zwei Jahren das Festival Minsk x Minga (das im Herbst 2024 erneut stattfindet). Spricht man sie auf politischen Aktivismus an, winkt sie zunächst ab: «Politik ist eigentlich gar nicht so meins. Aber angesichts der politischen Lage in Belarus verstehe ich nicht, wie man sich nicht dafür interessieren kann, was dort passiert.» Valitskaya sieht sich als Kulturvermittlerin, bei Minsk x Minga organisiert sie Konzerte, Theaterstücke, Lesungen und Workshops. Auch Kulturfestivals sind für sie ein Raum des Politischen. «Kultur ist der Ausdruck des Denkens, der aktuellen politischen Lage und, im Falle von Belarus, auch der Protestbewegung.» Sie sieht mit Sorge, dass häufig als Erstes häufig bei Kulturfördermitteln gespart wird. Das Minsk-x-Minga-Festival wird von der bayerischen Staatskanzlei mitfinanziert, ohne Subventionen ginge es wohl auch nicht. «Kultur ist eine Lokomotive», betont Valitskaya im Videochat, «ohne Kultur geht gar nichts. Kunst und Kultur sind sehr nah an den Menschen und ihren Problemen.»

Mit Razam aber leistet sie auch sehr konkrete Hilfe für Exilbelaruss*innen. Seit rund einem Jahr können Belaruss*innen, die im Ausland leben, ausgelaufene Pässe nur noch innerhalb von Belarus verlängern, nicht mehr bei den Botschaften im Ausland. Eine Schikane des Regimes, das auf diese

Weise zur Rückkehr zwingen will. «Wir setzen uns gemeinsam mit anderen Organisationen dafür ein, dass dieses Problem gelöst wird», sagt Valitskaya. Razam hat den Dialog mit der Bundesregierung, Ländern, Kreisen und Kommunen gesucht, denn viele Belaruss*innen leben ohne gültigen Pass in Deutschland, seitdem das Regime von Lukaschenko dieses Gesetz erlassen hat.

Der Verein Razam vermittelt unter anderem psychologische und medizinische Hilfe für Opfer von Polizeigewalt

Für Menschen, die unter Repression gelitten haben und geflohen sind, hält Razam psychologische Hilfsprogramme bereit. An der Seite anderer Organisationen wie Libereco bietet der Verein überdies medizinische Hilfe für jene, die Opfer von Polizeigewalt geworden sind. Auf der LGBTQ-Community, die in Belarus kriminalisiert wird, liegt ein besonderes Augenmerk. In Hamburg und Berlin organisierte Razam Veranstaltungen, die sich ausdrücklich an sie richteten. Auch historische Veranstaltungen sind dabei: In mehreren Städten wurde an die «Nacht der erschossenen Dichter» 1937 erinnert. Bei den Stalin'schen Säuberungen ermordete der sowjetische Geheimdienst in Minsk in jenem Jahr in nur einer Nacht 132 Vertreter der intellektuellen Elite von Belarus, darunter viele Schriftsteller und Dichter.

Ein weiteres wichtiges Thema für Razam: die Sprache. Eigentlich ist Belarus ein zweisprachiges Land, sowohl das Belarussische als auch das Russische sind Amtssprachen. In der Realität aber dominiert das Russische. Lukaschenko sucht die Nähe zu Russland, seine Sprachpolitik ist Teil der

gezielten Russifizierung des Landes, deren Bürger*innen sich 2020 Richtung EU und Demokratie bewegen wollten. Die zivilgesellschaftliche Opposition im Land macht sich weiter für die belarussische Sprache stark – auch um sich vom russischen Nachbarn abzugrenzen. In Deutschland organisiert Razam Angebote in belarussischer Sprache: Lesungen, Diskussionen, Filmvorführungen, Kinderveranstaltungen. «Vielleicht fangen so noch mehr Menschen an, die Sprache zu sprechen», meint Valitskaya. «Auch ich habe erst vor einigen Jahren damit begonnen.» Dzmitry Shershan hat derzeit einen Meniskusschaden und wurde gerade operiert. Er musste eine Pause machen, wartet darauf, wieder fit zu werden. Bald beginnt er in Deutschland eine Ausbildung zum Physiotherapeuten, dann wird er weiter kämpfen: auf der Judomatte und natürlich bei Razam.

Jens Uthoff ist Redakteur der taz. Er hat sich in den vergangenen Jahren mit der politischen Situation im osteuropäischen Raum befasst, insbesondere in Belarus, im Baltikum und in der Ukraine.



Das Rückgrat stabiler Demokratien

Indiens Säkularismus zeigt, dass Inklusion und Gleichberechtigung nicht nur gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, sondern auch das demokratische Gefüge stabilisieren. Was europäische Demokratien von diesem Modell lernen können und warum der Schutz religiöser Freiheit entscheidend für die Zukunft demokratischer Gesellschaften ist.

Text: Neha Dabhade

In verschiedenen Regionen weltweit ist ein bemerkenswerter Anstieg oder in einigen Fällen eine Wiederbelebung rechtsradikaler Ideologien zu beobachten. Dieser Trend steht in engem Zusammenhang mit zunehmender Fremdenfeindlichkeit und Mehrheitsgefühlen, die die demokratischen Prinzipien und Freiheiten, insbesondere die Religionsfreiheit und die Gewissensfreiheit, stärker ins Visier nehmen. Europa, das historisch als Wiege der Aufklärung und der Renaissance gefeiert wurde, kämpft derzeit mit rasanten demografischen und sozialen Veränderungen durch Migration, einer verstärkten Ablehnung von Migrant*innen und einem bemerkenswerten Anstieg der Islamophobie. Dieser Rückschlag wird oft als Bedrohung für etablierte kulturelle Normen und Weltanschauungen wahrgenommen, wie das umstrittene Kopftuchverbot in Frankreich zeigt, das eine breitere Debatte über die Regulierung der Beziehungen zwischen Staat und Religion ausgelöst hat.

Indien ist als junge und dynamische Demokratie anerkannt und sieht sich gleichzeitig ebenfalls mit zunehmenden Problemen des Mehrheitsdenkens konfrontiert; einige wännen das Land bereits auf dem Weg in eine gewählte Autokratie. Dennoch scheint das Land die Balance wiederzufinden. Ein Blick auf die indische Demokratie kann Chancen aufzeigen, wie gegengesteuert werden kann.

Europa folgt keinem einheitlichen Modell der Beziehungen zwischen Staat und Kirche; stattdessen zeigt es ein vielfältiges Spektrum von Beziehungen in verschiedenen Ländern. Während die Vorstellung einer strikten Trennung zwischen Kirche und Staat aus externer Sicht als charakteristisch erscheinen mag, ist die Realität erheblich nuancierter. Verschiedene europäische Nationen erkennen unterschiedliche christliche Konfessionen innerhalb ihrer jeweiligen staatlichen Rahmenwerke an und privilegieren sie.

In mehreren nordischen Ländern – nämlich Norwegen, Finnland, Island, Dänemark und Schweden – ist die evangelisch-lutherische Kirche sowohl etabliert als auch mit bestimmten Privilegien durch den Staat ausgestattet. In England hat die anglikanische Kirche einen hervorgehobenen Status, in Schottland ist es die presbyterianische Kirche, in Griechenland bestimmt die östlich-orthodoxe Kirche Christi das religiöse Leben. Diese Beispiele veranschaulichen die komplexe und facettenreiche Natur der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Europa.

Das Konzept des Säkularismus in Indien, das ein grundlegendes Element der indischen Demokratie darstellt, ergibt sich aus der inhärenten Vielfalt des Landes. Im Gegensatz zu europäischen Nationalstaaten, die oft um eine einzige Religion und Sprache herum entstanden sind, entstand Indien nach seiner Unabhängigkeit vom britischen Empire als Nationalstaat. Die Vielfalt Indiens umfasst eine breite Palette von Sprachen, Ethnien, Religionen und Kasten. Die Vision der Gründer des unabhängigen Indiens ist in der Verfassung und ihrer Präambel verankert und spiegelt das Engagement für eine säkulare Demokratie wider, in der allen Bürgern – unabhängig von Sprache, Religion, Kaste oder Ethnie – Gleichheit gewährt wird. Dieses Rahmenwerk unterstreicht die Bedeutung des Säkularismus für die Wahrung der Integrität und Einheit einer vielfältigen Nation.

Ein Säkularismus, der die Religionsfreiheit sowohl von Gemeinschaften als auch von Einzelnen schützen soll

Um Gleichheit zu gewährleisten, übernahm der indische Staat ein Prinzip des Säkularismus, das sich grundlegend von dem Konzept der strikten Neutralität oder Trennung von Staat und Religion unterscheidet, wie es in Europa allgemein verstanden wird. Der indische Säkularismus soll die Religionsfreiheit sowohl von Gemeinschaften als auch von Einzelnen schützen. Das bedeutet, dass der Staat keine bestimmte Religion als offizielle Religion unterstützt und zu allen gleichermaßen Abstand oder eine «grundsätzliche Distanz» wahrt. So will er sicherstellen, dass alle Religionen geschützt werden. Es gibt keine Staatsreligion, weder Steuern noch öffentliche Mittel dürfen zur Förderung einer bestimmten Religion verwendet werden.

Darüber hinaus darf in öffentlichen Schulen keine Religion unterrichtet werden. Trotzdem dürfen religiöse Gemeinschaften in Indien ihre kulturellen Praktiken fördern, religiöse Eigentümer pflegen und religiöse Prozessionen durchführen. Allerdings wurden solche Prozessionen gelegentlich als Vorwand genutzt, um religiöse Gewalt gegen Muslime zu schüren. Kürzlich haben einige



◀ Das Ganesh Chaturthi ist eines der bedeutendsten hinduistischen Feste des Jahres. Es ist dem Elefantengott Ganesha gewidmet, der als Gott des Neuanfangs, der Weisheit und des Wohlstands verehrt wird. In einigen Teilen Indiens, insbesondere in Städten wie Mumbai, nehmen auch Muslime an den Feierlichkeiten teil. Sie werden als gemeinschaftliche Ereignisse gefeiert, die über religiöse Grenzen hinweg Freude und Verbundenheit schaffen sollen.

Lynchmorde durch den Mob, Hassreden und Hassverbrechen gegen Muslime und Christen erheblich zu. Diese Zunahme an Gewalt wird durch die systematische Aushöhlung demokratischer Institutionen erleichtert.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen 2024 deutet jedoch darauf hin, dass die indische Demokratie widerstandsfähiger ist als zuvor erwartet und dass sie in der Lage ist, das Gleichgewicht wiederherzustellen.

Diese Widerstandsfähigkeit lässt sich auf das lange Erbe des Pluralismus, der kompositären Kultur und der verfassungsmäßigen Demokratie zurückführen, die auf Gleichheit und Inklusion setzt. In diesem Zusammenhang ist sicher auch Indiens Modell des multikulturellen Säkularismus wichtig, der keine Angst vor religiösen Gemeinschaften und Religion im öffentlichen Leben hat.

Der indische Staat erlaubt und schützt Orte der Anbetung aller Religionen. Darüber hinaus weisen einige Feste und religiöse Bräuche Elemente aus mehreren Religionen auf. Während des Ganesh-Festes zum Beispiel ziehen die großen Prozessionen oft durch muslimisch geprägte Gebiete, Muslime nehmen begeistert teil und erbitten bisweilen den Segen von muslimischen Darghas. Ebenso ersuchen Prozessionen während des Muharram, einem der vier heiligen Monate im Islam, möglicherweise den Segen von Hindu-Tempeln, bevor sie beginnen. Die Routen für diese Prozessionen werden in der Regel von «Friedenskomitees» festgelegt, die aus Angehörigen verschiedener Religionen bestehen.

Zusätzlich hält das indische Modell des Säkularismus das Recht auf Religionswechsel aufrecht, sofern solche Bekehrungen frei von Zwang, Betrug oder Anreizen erfolgen. Damit interveniert der Staat auch gegen kastenbasierte Diskriminierung, die weiterhin besteht, gleichzeitig bleiben Kasten ein Bestandteil der hinduistischen Identität. Jüngste Eingriffe des Staates sollen Frauen den Zugang zu bestimmten Tempeln gewähren, der ihnen zuvor aufgrund religiöser Traditionen verwehrt war.

Es ist von entscheidender Bedeutung, starke demokratische Werte wie Pluralismus und religiöse Toleranz zu fördern. Pluralismus erfordert kontinuierlichen Dialog und Konsultation, die entscheidend für den Aufbau von Vertrauen und die Lösung von Konflikten sind, die das Zusammenleben bedrohen. Anhaltende Stereotype gegenüber Minderheiten in Indien und Migrant*innen in Europa zeigen, wie wichtig es ist, Desinformation wirksam zu bekämpfen. Diese Stereotype zu entkräften und eine positive Erzählung des Pluralismus zu konstruieren, ist wesentlich. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Staaten Institutionen entwickeln, die die gerechte Teilhabe aller Bürger*innen fördern und diskriminierende Praktiken angehen.

Neha Dabhade ist Geschäftsführerin des Centre for Study of Society and Secularism in Mumbai. Sie hat zahlreiche Artikel und Berichte in Zeitschriften und Büchern veröffentlicht. Ihre Arbeitsbereiche umfassen Geschlechterfragen, Konflikte, Frieden und Konfliktlösung, Religions- und Glaubensfreiheit, gemeinschaftliche Harmonie und Pluralismus. Sie ist Absolventin des renommierten Tata Institute of Social Sciences in Mumbai.

Universitäten Kopftuchverbote auf dem Campus erlassen, die sich unverhältnismäßig stark auf muslimische Studierende auswirken. Darüber hinaus haben einige Bundesstaaten begonnen, islamische Lehrinrichtungen (Madrasas) nicht mehr anzuerkennen, was zu ihrer Schließung führen könnte. Es gibt auch einen Gesetzesvorschlag, um strengere Vorschriften für Waqf-Liegenschaften (Institution islamischen Rechtes) durchzusetzen. Das ist durchaus von Bedeutung angesichts der laufenden Bestrebungen, den Status von Moscheen oder dargahs in Frage zu stellen oder «zurückzufordern», indem argumentiert wird, an den Orten hätten zuvor Hindu-Tempel gestanden.

Ein multikulturalistischer Säkularismus, der keine Angst vor religiösen Gemeinschaften und Religion im öffentlichen Leben hat

Derzeit erlebt das Land einen Aufstieg des Hindu-Nationalismus, einer Ideologie, die vom derzeitigen Regierungsregime erheblich unterstützt wird. Sie hat das erklärte Ziel, eine Hindu-Nation zu etablieren, und sie ist mit institutionalisierter Diskriminierung religiöser Minderheiten, insbesondere Muslimen und Christen, verbunden. Im vergangenen Jahr nahmen kommunale Unruhen,

Die zwei Seiten der Proteste

Text: Sergio Rodriguez Prieto

Sie kämpfen gegen Korruption, soziale Ungleichheit oder den Klimawandel: Soziale Bewegungen haben weltweit eine Schlüsselrolle im politischen Wandel eingenommen. Wie können internationale Geberorganisationen diese Bewegungen unterstützen? Und damit auch verhindern, dass sie zerstörerische Kräfte freisetzen oder von Demagogen vereinnahmt werden?



Wenn künftige Historiker*innen auf die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts zurückblicken, wird ihnen eine unbestreitbare Tatsache auffallen: Proteste wurden immer häufiger und als gängigste Form der Mobilisierung einer der Hauptmotoren des politischen Wandels. Und vielleicht ergibt sich im Rückblick dann ja auch ein besseres und tieferes Verständnis dieses Musters, das weltweit und sowohl in Demokratien als auch in autokratischen Regimen auftritt (so unterschiedlich die beiden Systeme auch damit umgehen). Proteste sind jedoch so allgegenwärtig und relevant für unser Verständnis der Geopolitik geworden, dass wir möglicherweise nicht auf zukünftige Historiker*innen warten müssen, um sie zu erklären, da wir bereits auf hochmoderne und aktuelle Forschung zurückgreifen können.

Die Forschung nutzt eine Mischung aus qualitativen und quantitativen Quellen und Techniken, von Medienberichten, Beobachtungen, Fallstudien und Augenzeugenberichten bis hin zu Umfragen, Geo-Daten oder großen Datensätzen, erfasst von einer stets wachsenden Zahl an Instrumenten zur Beobachtung und Datenerhebung. Damit untersucht sie Proteste auf ihre interne Dynamik und treibenden Kräfte, auf die Faktoren, die sie gewaltfrei halten, auf ihren Beitrag zur Demokratisierung, auf Folgeereignisse oder auch auf die positiven und negativen Auswirkungen der Unterstützung aus dem Ausland.

Der letztgenannte Aspekt ist besonders wichtig für die Interessen der internationalen Gemeinschaft. Sie erkennt die Bedeutung sozialer Bewegungen für Demokratie, Entwicklung und Konfliktbewältigung zwar an, tut sich aber schwer, sie auf legitime und wirksame Weise zu unterstützen. Legitimität und Wirksamkeit sind tatsächlich die beiden entscheidenden Variablen, die die Haltung von Geberorganisationen gegenüber Protesten bestimmen. Ich habe aus erster Hand erfahren, wie wirksam es sein kann, wenn sie sich engagieren. Aber auch, wie sie ihre Chance auf politische Einflussnahme verspielen, weil sie passiv blieben und gewaltfreie Bewegungen nicht unterstützten – selbst auf die Gefahr hin, jahrelange Entwicklungshilfe- und Demokratieförderung zunichtezumachen.

Wenn Menschen zusammenkommen, ist das auch eine Form von Macht, die kippen kann

Ob es um Korruption, Ungleichheit, Umweltkatastrophen oder Klimawandel geht: Proteste sind immer eine Reaktion auf Handlungen von Machthabern, die als unannehmbare Missbrauch empfunden werden. Sie sind aus Sicht der Teilnehmenden die letzte Möglichkeit, die Stellen der Macht zur Verantwortung zu ziehen. Das erklärt vielleicht, warum neben Wählen oder Zahlen von Steuern der Gang auf die Straße zu einer der wichtigsten Formen politischer

Beteiligung geworden ist – insbesondere bei Jugendlichen und anderen Gruppen, die sich von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlen. Das Risiko, das mit der Herausforderung von Macht einhergeht, ist selbst in noch unvollkommenen demokratischen Systemen viel geringer als in voll ausgeprägten Diktaturen. Letztere setzen vor allem auf den sogenannten Chilling Effect, eine Art Selbstzensur, bei der Einzelne aus Angst vor Repressalien und Misstrauen gegenüber ihren Mitbürger*innen nicht mehr wagen, ihre Meinung offen zu äußern.

Daher nennt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit als eine der wichtigsten politischen Freiheiten. Es wäre allerdings äußerst naiv, sie ausschließlich als Mittel zur Kontrolle von Macht zu betrachten. Allein der Akt des Zusammenkommens von Menschen ist an sich eine Form von Macht und kann daher sowohl konstruktive als auch destruktive Kräfte freisetzen. Deshalb ist Gewaltlosigkeit das Schlüsselkriterium bei der Frage, ob sich eine Bewegung ihrer dunkelsten Seite zuwendet. In dem Fall hätten wir es nämlich damit zu tun, was Hannah Arendt als «Mob» verachtete; Elias Canetti sprach mystifizierend in fast esoterischen Begriffen von der «Menge», die eine zentrale Rolle beim Aufstieg des Faschismus spielte und für totalitäre Regime maßgeblich war.

Die internationale Gemeinschaft darf die klare politische Botschaft einer Bewegung nicht überhören

Soziale Bewegungen und Proteste sind ihrem Wesen nach dynamisch und somit unbeständig und schwer vorhersehbar. Doch rechtfertigen diese Unwägbarkeiten kaum, die Augen vor ihnen zu verschließen, sie zu ignorieren. Wie komplex sie auch sein mag: Die internationale Gemeinschaft darf die klare politische Botschaft nicht überhören, die von Protestierenden ausgeht, die gemeinsam zum Ausdruck bringen, dass sie mit etwas nicht einverstanden sind. In diesem Sinne ist Unterstützung aus dem Ausland gerechtfertigt, nicht nur, um die Menschenrechte zu schützen und diejenigen, die sie respektieren und verteidigen. Es gilt auch zu verhindern, dass Bewegungen gewalttätig oder von Demagogen übernommen werden.

In Kirgisistan beispielsweise konnte ich beobachten, dass Vertreter*innen der Zivilgesellschaft recht zuversichtlich waren, Präsidenten, die ihr Amt missbrauchen, durch Straßenproteste absetzen zu können – so wie sie es bei der Tulpenrevolution im Jahr 2005 mit Askar Akajew und fünf Jahre später mit Kurmanbek Baki-jew getan hatten. Als jedoch prodemokratische Aktivist*innen versuchten, Sooronbay Jeenbekov wegen mutmaßlichem Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen 2020 zu entmachten, wurden ihre zunächst friedlichen Proteste von einer gewalttätigen Gruppe gekapert. Diese nutzte das Machtvakuum und stürmte das Gefängnis, in dem der ehemalige Parlamentsabgeordnete und nationalistische Politiker Sadyr Japarov wegen des Verdachts der Entführung eines Provinzgouverneurs einsaß. Japarov machte sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Politiker*innen zunutze und ergriff mit politischen Manövern die Macht. Dies gelang ihm nicht zuletzt dank der Einschüchterungstaktiken seiner Anhängerschaft, die sich gewaltsam der Protestbewegung bemächtigte. Seitdem befindet sich das Land, das einst als einzige Demokratie in Zentralasien galt, in einem steilen Niedergang und politische Freiheiten wurden drastisch beschnitten.

In Armenien konnte ich den gegenteiligen Trend beobachten: Friedliche Proteste und große landesweite Märsche führten zu der armenischen «Samtenen Revolution» und brachten Nikol Pashinyan

an die Macht. Zu der Zeit war ich für das Netzwerk Europäische Partnerschaft für Demokratie (EPD) an einem politischen Dialogprozess über die sozioökonomischen Rechte von Frauen beteiligt, der darauf abzielte, das Arbeitsgesetzbuch zu verbessern. Aufgrund des Umbruchs gerieten unsere Gespräche mit dem Ministerium zunächst über Monate hinweg ins Stocken. Das Warten lohnte sich jedoch, denn mit dem Amtsantritt der neuen Regierung wurde unser Dialog wieder aufgenommen. Er führte zu vielversprechenderen Ergebnissen als eine Art Auftakt und, wie wir hoffen, auch als ein Beitrag zu den bemerkenswerten Fortschritten, die Armenien in den vergangenen Jahren in Sachen Geschlechtergerechtigkeit gemacht hat. Doch auch dieses hoffnungsvolle Bild verdüstert sich: Seit der Invasion des Nachbarlands Aserbaidschan in Bergkarabach im Jahr 2020 und dem dramatischen Zustrom von Geflüchteten zieht es viele Armenier*innen wieder auf die Straße. Im Rahmen nationalistischer und immer gewalttätiger Proteste beschuldigen sie Pashinyan des Verrats.

Was also kann die internationale Gemeinschaft tun – einschließlich der Zivilgesellschaft und philanthropischen Geberorganisationen? Viel mehr, als man vielleicht zunächst denken könnte. Zunächst einmal müssen ausländische Akteure aufmerksam sein und die Dynamik der Proteste sowie die Beweggründe der verschiedenen, heterogenen Gruppierungen hinter diesen sozialen Bewegungen analysieren und zu verstehen versuchen. Auf Basis einer guten Forschung kann sich die internationale Gemeinschaft besser durchsetzen und ihre diplomatischen Ressourcen mobilisieren, um Druck auf die Verantwortlichen auszuüben (z. B. durch Sanktionen) und die Rechteinhaber zu unterstützen (durch Präsenz bei Gerichtsverfahren oder Bereitstellung von Visa und juristische Unterstützung, um nur einige Beispiele zu nennen).

Es kann aber auch sehr wirkungsvoll sein, wenn die Geberorganisationen die Bewegungen an sich unterstützen, indem sie Aktivist*innen in interner Organisation, Verhandlungsführung und gewaltfreien Techniken schulen. Sie können weiter einen Austausch mit Aktivist*innen aus anderen Ländern vermitteln oder sie dabei unterstützen, Koalitionen zu bilden und Kampagnen zu organisieren. Mit anderen Worten: Indem sie die Macht- und Organisationsdynamik hinter den Protesten verstehen und ihre Hilfe auf die Bedürfnisse der verschiedenen Beteiligten abstimmen, können Geberorganisationen gewaltfreien Bewegungen helfen, widerstandsfähiger zu werden und ihre Ziele mit friedlichen Mitteln effektiv zu erreichen.

Ich behaupte nicht, dass diese Art von Engagement ohne Risiken ist. Die Alternative ist jedoch, abwartend im Abseits zu stehen, während friedliche Proteste gewaltsam unterdrückt werden und in Krawalle ausarten. Das kann zu weiterem Blutvergießen, einem Coup oder einem Rückschritt für die Demokratie führen.

Sergio Rodriguez Prieto ist Entwicklungsexperte für Regierungs- und Demokratieförderung mit 20 Jahren Erfahrung in Lateinamerika, Osteuropa, der MENA-Region sowie Zentral- und Südostasien. Er ist Strategieberater bei der Europäischen Partnerschaft für Demokratie und berät Pax for Peace und die Berghof Foundation bei der Entwicklung von Werkzeugen und Methoden zur Unterstützung gewaltfreier Bewegungen und anderer Formen kollektiven Handelns.

«Wir haben nicht gefragt, nicht hingehört, nicht hingeschaut.»

Der Bundestag hat eine Enquete-Kommission eingerichtet, um die Fehler des 20-jährigen Engagements in Afghanistan zu analysieren. Eines steht jetzt schon fest: Die Ziele der Demokratieförderung waren von Anfang zu optimistisch gesetzt und ignorierten kulturelle sowie gesellschaftliche Realitäten des Landes. Doch es gibt auch positive Effekte.

Text: Schahina Gambir

In der Enquete-Kommission «Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands» arbeiten Abgeordnete und Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis seit zwei Jahren daran, die Fehler unseres Engagements im Lande zu identifizieren und daraus Lehren für unser zukünftiges entwicklungs-, sicherheits- und außenpolitisches Engagement zu ziehen.

Heute wissen wir: Die Ziele, die wir uns für die Förderung der Demokratie vorgenommen hatten, waren von Anfang an zu optimistisch. Wir haben uns lediglich auf Bereiche fokussiert, die wir selbst mit erfolgreicher Demokratisierung verbinden.

So haben wir uns frühzeitig auf Wahlen als alleiniges Mittel zur Stärkung demokratischer Institutionen konzentriert – und das ist nur ein Beispiel, das unsere oft kulturblinden Bemühungen in Afghanistan verdeutlicht. Die frühen Parlamentswahlen 2005 wurden noch als Erfolg gefeiert, doch der alleinige Fokus auf Wahlen vernachlässigte andere wichtige Legitimationsquellen einer jungen Demokratie: zum Beispiel die Pressefreiheit, die Möglichkeit der Parteienbildung und die Entwicklung eines in der Breite akzeptierten Rechtsstaates.

Die Lehren, die wir ziehen müssen, können zur neuen Maxime für die Demokratieförderung werden

«Wir haben Afghanistan nicht verstanden.» So könnte das Fazit des Zwischenberichts der Enquete-Kommission vom Februar dieses Jahres lauten. Zu Beginn des Engagements wurden Ziele festgelegt, die kaum zu erreichen waren und nicht zu den Realitäten vor Ort passten. Diese Zielsetzungen wurden auch danach nicht ressortübergreifend geprüft oder evaluiert und dementsprechend angepasst.

Es entstand eine Pfadabhängigkeit. Die Kommission konnte im Zwischenbericht herausarbeiten, dass mangelnde Informationen eindeutig die gravierendsten Fehler in der Frühphase des deutschen Engagements für Demokratieförderung waren. Weder die aktuelle Lage noch die gesellschaftliche Struktur wurden hinreichend analysiert. Kurz gesagt: Wir haben nicht richtig zugehört, nicht richtig hingeschaut und auch nicht die richtigen Menschen gefragt. Es fehlte eine umfassende Analyse der ethnischen, kulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Aspekte sowie der Sozialstruktur und des Stadt-Land-Gefälles, auf der ein fundiertes Konzept zur Demokratisierung Afghanistans erst hätte aufsetzen können.

Die Auswahl der afghanischen Akteurinnen und Akteure, die in die Entscheidungsfindung miteinbezogen wurden, war nicht vielfältig genug. Insbesondere das übermäßige Gewicht, das der afghanischen Diaspora beigemessen wurde, schränkte die Perspektive auf die aktuelle Situation im Land erheblich ein. Breite Teile der afghanischen Zivilgesellschaft, insbesondere die Interessen der afghanischen Frauen, wurden nicht ausreichend berücksichtigt, oft sogar eklatant vernachlässigt.

Die Zivilgesellschaft wurde darüber hinaus fast ausschließlich über NGOs definiert. In Afghanistan, vor allem im ländlichen Raum, manifestiert sich die «traditionelle Zivilgesellschaft» jedoch in Formen wie Ältestenräten, Schuras, Jirgas und Moscheen. Da die Zusammenarbeit aber hauptsächlich auf NGOs beschränkt blieb, wurden ländliche Bevölkerungsgruppen des Südens nicht erreicht und Verteilungskonflikte im Land massiv verstärkt. Nicht selten dienten NGOs nämlich primär dem klientelistischen Zugriff auf Finanzmittel.

Allerdings wäre es ebenso falsch, die bisher herausgestellten Unzulänglichkeiten bei dem Einsatz für die Demokratie in Afghanistan als «westliche Arroganz» oder schiere Fehleinschätzungen abzutun. Zum einen gab es einige erfreuliche demokratische Entwicklungen, zum Beispiel die logistische Unterstützung während der nationalen Wahlen und die Stärkung der Medienvielfalt. Zum anderen können die Lehren, die wir aus vergangenem Handeln ziehen müssen, zur neuen Maxime für außenpolitisches Handeln insgesamt und Demokratieförderung außerhalb Deutschlands im Einzelnen werden.

Demokratieförderung im Ausland ist kein kurzfristiges Projekt. Sie muss sorgsam geplant werden, unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Gegebenheiten vor Ort, der betroffenen Bevölkerung und ihrem Wertesystem, und sie muss langfristig finanziert werden. Demokratieförderung erfordert Flexibilität. Sie muss anpassungs- und kritikfähig sein und stets einen inklusiven Ansatz verfolgen, der alle gesellschaftlichen Gruppen einbezieht, und eben nicht einen Top-down-Ansatz, der exkludiert und neue Konflikte schafft oder Konflikte weiter verschärft.

Nur so können wir langfristig dabei unterstützen, stabile politische Systeme aufzubauen, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen sind und die universellen Aspirationen nach Menschenrechten, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Partizipation verwirklichen. Nur wenn wir zuhören, verstehen wollen und unser Engagement regelmäßig auf den Prüfstand stellen, sind wir eine helfende Hand und Stütze auf dem schwierigen und langwierigen Weg hin zu einer nachhaltigen Demokratieförderung.

Schahina Gambir ist Bundestagsabgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen und Obfrau in der Enquete-Kommission «Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands». Sie ist ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat.

«Wir müssen kreativer über Politik nachdenken.»

Interview: Zora Siebert und Rasmus Randig

Rosa Balfour, wie wird sich die gestärkte extreme Rechte aus Ihrer Sicht auf die Beziehungen innerhalb der EU, aber auch auf die Außenpolitik auswirken?

Wir müssen uns zunächst im Klaren darüber sein, worüber wir reden. In den Medien werden die Begriffe Populismus, Rechtspopulismus, radikale Rechte und populistische Rechte bunt durcheinandergeworfen. In den letzten 15 Jahren war viel vom Populismus die Rede, und in der europäischen Politik hat der Populismus tatsächlich auch zugenommen, im Grunde in einer lange Welle seit den 1980er Jahren. Aber heute geht das Problem von rechtsradikalen Parteien aus, also Parteien, die der extremen Rechten angehören, die demokratisch, aber illiberal sind. Sie haben bei den Wahlen zum Europäischen Parlament sehr gut abgeschnitten und vereinen zusammen ein Viertel der Wählerstimmen auf sich. Sie sind jedoch nach wie vor in verschiedene Gruppierungen zersplittert. Wie einflussreich sie tatsächlich sein werden, bleibt abzuwarten.

Wenn wir an das Europäische Parlament, aber auch an mögliche Mehrheiten im Europäischen Rat denken ...

... im Europäischen Rat haben wir heute acht Regierungen, in denen die radikale Rechte mitregiert, sei es als führende Partei einer Koalitionsregierung, unterstützender Koalitionspartner oder als alleinverantwortliche Regierung wie in Ungarn. In einigen Tagen* könnten es mit der neuen niederländischen Regierung sogar neun sein. Das ist ein Viertel des Europäischen Rates, und das macht schon etwas aus. Es bedeutet, dass die radikale Rechte als Minderheit Vorgänge blockieren kann. Es bedeutet, dass die radikale Rechte das Potenzial hat, die europäische Politik in einer bisher nie dagewesenen Weise zu gestalten. Das hat sich bislang noch nicht ergeben, weil sie zersplittert sind, doch die Situation könnte sich ändern.

In welche Richtung könnte sich die Außenpolitik der EU bewegen?

In einigen Dingen sind sich diese Parteien einig. Sie alle sind nationalistisch, sie alle sind gegen Einwanderung und sie alle sind zutiefst euroskeptisch. Aus der Kombination dieser drei Faktoren kann sich ergeben, dass eine einwanderungsfeindliche Politik – die Stärkung der Außengrenzen zur Abschreckung von Einwanderung und moralisch zweifelhafte Abkommen mit Drittländern, selbst mit autoritären Staaten – fortgesetzt wird. Das schockiert heute niemanden mehr, weil es schon seit zehn Jahren so geht, und es wird sich wahrscheinlich fortsetzen.

Wie erklären Sie sich den Zuwachs bei den extremen Rechten?

Es gibt eine Fülle von Erklärungen in den Medien. Die dominanten Narrative lassen sich in zwei große Kategorien einteilen. Da ist zum einen das wirtschaftliche Argument der Globalisierung und ihrer Auswirkungen: zunehmende Ungleichheit, Menschen, die «ins Hintertreffen geraten», und Gesellschaftsschichten im Wandel. Beim zweiten großen Narrativ geht es um die Themen Kultur und Identität, die Angst vor Einwanderung, die Befürchtung, dass Einwanderung unsere Kulturen zerstört, zum Beispiel durch die Theorie vom «Großen Austausch». Das sind Meta-Erklärungen.

Und tragen diese Erklärungen?

Wenn man sich anschaut, wo der Populismus und die radikale Rechte zugelegt haben, gibt es nicht unbedingt einen empirischen Zusammenhang zwischen diesen Erklärungen und dem, was tatsächlich geschieht. Mit anderen Worten, diese Erklärungen lassen sich nicht durch empirische Untersuchungen bestätigen. Der Populismus steigt in wohlhabenden Ländern wie Skandinavien und in Ländern, wo Einwanderung gar kein Thema ist, wie etwa in Ungarn. Diese Erklärungen begründen



▲ Rosa Balfour

Rosa Balfour, Direktorin von Carnegie Europe, sieht neben den großen Themen wie Folgen der Globalisierung und Desinformationen auch eine viel «banalere» Ursache für den Aufstieg der extremen Rechten: das gestörte Verhältnis zwischen den Bürger*innen und den Institutionen der repräsentativen Demokratie. Sie plädiert dafür, nicht nur auf internationaler und europäischer, sondern vor allem auch auf nationaler und lokaler Ebene gegenzusteuern.

also nicht hinreichend, warum unsere Demokratien heute mit einer erstarkenden radikalen Rechten zu kämpfen haben.

Welche Entwicklungen sind wichtig, um den Aufstieg der radikalen Rechten zu verstehen?

Wir sollten die 1980er Jahre als Ausgangspunkt für die schrittweise Erosion unserer demokratischen Systeme betrachten. Eine der vielen relevanten Entwicklungen war, dass die politischen Parteien ihre traditionelle Basis immer weniger repräsentiert haben. Sie begannen, Mitglieder zu verlieren, was letztlich die Kluft zwischen den politischen Eliten und der Wählerschaft immer weiter vergrößerte, ob sie nun real war oder nur so wahrgenommen wurde.

Auf der Makroebene haben Globalisierung und die europäische Integration die Regierungsarbeit grundlegend verändert. Immer mehr Zuständigkeiten und Entscheidungen werden jenseits der nationalen Ebene getroffen. Macht und Entscheidungsbefugnisse werden von der nationalen und der lokalen Ebene weg verlagert.

Das bedeutet auch, dass die Bürger*innen in der Politik nicht ausreichend vertreten sind?

Genau. Ein Beispiel dafür sind die «Fratelli» in Italien, eine postfaschistische Partei mit tiefen Wurzeln im Faschismus, die immer mehr Menschen gewinnen. Die Wählerschaft ist rasant von sechs Prozent auf über 20 Prozent gestiegen. Es sind ja nicht alle, die für sie gestimmt haben, von heute auf morgen der faschistischen Ideologie verfallen. Die italienische Bevölkerung war von allen politischen Parteien enttäuscht und hat für einen Wandel gestimmt.

Politik muss also Ansatzpunkte für die Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene suchen?

Ja. Aber lassen Sie uns eines klarstellen. Es herrscht Demokratieverdrossenheit, aber es gibt auch viele Beispiele für bürgerschaftliches Engagement. Die Politik verpasst es, hier anzuknüpfen. Ich glaube, dass es neben den großen Themen der Globalisierung und der gefühlten Bedrohung von Identitäten ein viel banaleres Problem gibt, nämlich das Verhältnis zwischen den Bürger*innen und den Institutionen der repräsentativen Demokratie. Wir müssen wirklich kreativer über Demokratie nachdenken, und zwar auf mehreren Ebenen, in Richtung einer Demokratie, bei der Entscheidungen auf lokaler, regionaler, staatlicher, europäischer und auch auf internationaler Ebene getroffen werden. Um ein Beispiel zu nennen: Wegen des Aufstiegs der radikalen Rechten verfolgt die EU eine defensive

Migrationspolitik. Die Probleme in Bezug auf Einwanderung hängen jedoch oft mit der lokalen Bereitstellung von Dienstleistungen wie Bildung und Wohnraum zusammen. Diese Probleme lassen sich am besten auf lokaler Ebene lösen und nicht, indem man Drittländer dafür bezahlt, unsere Grenzen zu patrouillieren. Die von staatlicher Seite ergriffenen Lösungsansätze passen nicht zum Problem.

Sie nennen als Ursache für den Aufstieg rechtsextremer Parteien eine schon länger währende Aushöhlung der Demokratie. Aber eben diese Parteien fordern ihrerseits die Demokratie heraus. Was sind wichtige Strategien?

Sobald sie an der Macht sind, untergraben diese Parteien demokratische Institutionen und Praktiken mit einem größeren Selbstbewusstsein, als das früher der Fall war. Zweitens schenken sie kulturellen Fragen viel mehr Aufmerksamkeit. Wenn man sich die Politik dieser Parteien ansieht, dann setzen sie sich als Regierungsparteien sehr intensiv auf der lokalen oder nationalen Ebene mit Kultur-, Identitäts-, Erinnerungs- und Geschichtspolitik auseinander und wollen ein anderes Narrativ schaffen. Oft sind das Opfernarrative, womit sich viele emotional identifizieren können. Sie schaffen ein alternatives Narrativ zu dem Weltbild, das ihnen in ihrer Wahrnehmung von den liberalen, kosmopolitischen Eliten aufgezwungen wurde. Deshalb ist Kultur zu einem Schlachtfeld für die radikale Rechte geworden.

Diesen Parteien gelingt es auch immer besser, sich zu vernetzen.

Genau. Es gibt eine «internationale radikale Rechte», und das nicht nur in Europa. Sie haben natürlich Verbindungen zu Russland, aber auch zu anderen Akteuren. Traditionell haben sich diese Parteien aufgrund ihres Nationalismus überwiegend auf innenpolitische Themen konzentriert. Jetzt bauen sie ihre internationalen Verbindungen aus, lernen von den Erfahrungen der anderen und entwickeln außenpolitische Positionen. Das ist neu.

Welche Fehler machen Demokrat*innen mit Blick auf diese Gruppen?

Auf jeden Fall sollten wir Menschen, die rechtsradikale Parteien wählen, nicht als ignorant abstempeln. Vielmehr müssen wir uns selbst und unsere Annahmen infrage stellen und nicht davon ausgehen, alles sei reine Protestwahl. In Frankreich hat ein Drittel der Bevölkerung für «Rassemblement National» gestimmt, eine zutiefst illiberale Partei mit stark autoritären Zügen. Wir müssen verstehen, dass ein Drittel der französischen Bevölkerung eine abgemilderte Form von Autoritarismus in Ordnung

«Es gibt Demokratieverdrossenheit, aber es gibt auch viele Beispiele für bürgerschaftliches Engagement. Die Politik verpasst es, hier anzuknüpfen.»

findet. Das kann man nicht einfach als Protestpolitik abtun. Auf der Seite der liberalen Demokratie wurden im Umgang mit dem Erstarken der radikalen Rechten viele Fehler gemacht.

Warum ist die Demokratie Ihrer Meinung nach für die Außenpolitik wichtig? Ist aus realpolitischer Sicht nicht Sicherheit entscheidender?

Ich habe mich lange sowohl mit Sicherheit und Demokratie beschäftigt und beobachtet, dass es da zwei Fachgemeinschaften gibt, die nicht gut verbunden sind. Spricht man in der außenpolitischen Expertengemeinschaft das Thema Demokratie an, wird man für eine Wischiwaschi-Liberale gehalten, die sich mit Nebensächlichkeiten befasst. Es geht dort immer nur um Geopolitik, Realpolitik, Sicherheit, harte Interessen. Geht man in die andere Gemeinschaft, die sich aktiv mit Demokratie befasst, und spricht dort Sicherheitsthemen an, wird man eher als konservativ wahrgenommen. Ich behaupte: Wenn die Demokratie innerhalb der Europäischen Union scheitert, wird das auch außenpolitische Konsequenzen haben.

Können Sie das an einem Beispiel zeigen?

Orbán untergräbt den Entscheidungsprozess in der EU zum Beispiel in Bezug auf die Unterstützung für die Ukraine und Verteidigung. Ungarn sabotiert systematisch die EU-Außenpolitik in Bezug auf zentrale Interessen: Die Verteidigung der Ukraine gegen die russische Aggression soll auch der Stärkung ihrer eigenen Sicherheit dienen. Es ist keine liberale Wischiwaschi-Position zu behaupten, dass Ungarn zunehmend das Trojanische Pferd Russlands und Chinas innerhalb der Europäischen Union ist. Das ist eine sehr reale Politik. Warum tut Orbán das? Weil er die Demokratie in seinem Land abgebaut hat. Und um seine innenpolitische Macht und seinen Einfluss in der Europäischen Union zu wahren, muss er eine nationalistische, gegen die EU gerichtete Politik verfolgen, sonst könnte er auf die eine oder andere Weise hinausgedrängt oder isoliert werden. Er braucht jetzt mehr gleichgesinnte Länder, die im Europäischen Rat mit am Tisch sitzen. Seit den jüngsten Wahlen gibt es mehr rechtsradikale Regierungen in Europa. Orbán hofft auch auf einen Wahlsieg Donald Trumps in den Vereinigten Staaten im November.

Die Zivilgesellschaft spielt bei der Demokratie sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in den Erweiterungsländern eine große Rolle. Wo sehen Sie die größten Herausforderungen, sie dabei zu unterstützen?

Erstens werden autoritäre Kräfte immer besser darin, auswärtige Demokratien zu stören. Dazu nutzen sie zunehmend digitale Werkzeuge. Die EU ist hier gefordert, Maßnahmen zum Schutz und zur Verteidigung der Demokratie vor externer Einmischung zu ergreifen. Und dann muss sie die Zivilgesellschaft durch verschiedenen Programme effektiver unterstützen.

Die Zivilgesellschaft spielt eine grundlegende Rolle dabei, die Kandidatenländer in lebendige, beitragsfähige Demokratien zu verwandeln. Doch in den letzten Jahren haben die Staats- und Regierungschefs der EU die politischen Reformkräfte in diesen Ländern nicht ausreichend unterstützt. Wenn die nächste Erweiterungsrunde eher von geopolitischen Erwägungen als vom demokratischen Wandel getrieben wird, wird das der EU als Ganzes schaden. Lippenbekenntnisse zu Werten wie Multilateralismus, einer regelbasierten Ordnung, internationalen Institutionen, Menschenrechten und Demokratie reichen nicht aus. Die EU muss die Zivilgesellschaft mit ihren verschiedenen Programmen effektiver unterstützen.

Wie kann die EU Ihrer Meinung nach ein Gleichgewicht zwischen den Anforderungen an Transparenz und dem Schutz vor

unrechtmäßiger externer Einmischung herstellen und zugleich eine unabhängige und kritische Zivilgesellschaft wahren?

Autoritäre Staaten haben sicherlich ihre Bemühungen verstärkt, Demokratien durch Einmischung zu stören. Wir müssen ganz gewiss aufmerksamer werden, vor allem, was den Informationsbereich anbelangt, auch mit Blick auf die aufstrebenden politischen Kräfte der radikalen Rechten. Russland und die Partei «Einiges Russland» unterstützen beispielsweise rechtsextreme Parteien in Europa finanziell. Die Instrumente der EU müssen hier gestärkt und geschärft werden.

Desinformation – damit haben wir ja auch innerhalb der Staaten zu kämpfen?

Genau. Bei dem Thema Desinformation geht nicht nur um böse Einmischung und um Menschen, die Fake News glauben. Das Geschäftsmodell der Medien steckt seit vielen Jahren in einer Krise. Die sich aus dem technologischen Wandel ergebenden Probleme haben den Raum für Desinformation geschaffen. Das Geschäftsmodell der Medien und seine Finanzierung, die Notwendigkeit, in Fakten-Checks zu investieren, und Unterstützung für Bildungsansätze, die der Jugend Medienkompetenz vermitteln – das alles müssen wir angehen.

Ihr Fazit?

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Desinformation nicht nur von anderswo kommt. Es kommt von innerhalb unserer Gesellschaften. Wir müssen uns damit abfinden, dass Antisemitismus in vielen Kreisen akzeptiert wird, dass sich Islamophobie ausbreitet und dass wir selbst auch dazu beitragen, das Informationsökosystem zu vergiften. Deswegen geht es nicht nur darum, was die EU tun kann. Nationale Politik und lokale Politik müssen eine größere Rolle spielen.

* Das Interview wurde Anfang Juli geführt.

Rosa Balfour ist Direktorin von Carnegie Europe. Ihre Fachgebiete umfassen europäische Politik, Institutionen sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre aktuelle Forschung konzentriert sich auf die Beziehung zwischen innenpolitischen Entwicklungen und der globalen Rolle Europas.

Zora Siebert leitet das Programm für Demokratie und Digitalpolitik in der EU im Brüsseler Büro der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie hat einen deutsch-französischen Master in Europäischen Studien und Internationale Beziehungen der Universitäten Passau und Straßburg. Zuvor arbeitete sie für ein Mitglied des europäischen Parlaments zu den Themen Datenschutz, IT-Sicherheit und Künstliche Intelligenz.

Rasmus Randig ist Referent für internationale Demokratie und stellvertretender Leiter der globalen Einheit für Demokratie und Menschenrechte der Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel. Er studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Glasgow und Konstanz und arbeitete im Bereich Krisenprävention und Stabilisierung im Auswärtigen Amt.

Text: David Muschenich

Die Banda Comunale spielt seit mehr als 20 Jahren mit fröhlicher Musik gegen Neonazis in Sachsen an. Zuletzt unterstützte die Brassband vor allem Demokratieverbände in der sächsischen Provinz. Kann sie damit etwas verändern?

Ein Dorn im Ohr

Über die Straße in Altenburg dröhnen die tiefen Töne einer Tuba und ein Schlagzeug gibt den Takt vor. Dann steigen Trompete und Posaune ein, während sich die Demonstration langsam durch die alte Stadt südlich von Leipzig zieht. Es ist der 28. Januar, ein Sonntag. Etwa zwei Wochen vorher hat das Recherchenetzwerk Correctiv veröffentlicht, dass es ein Geheimtreffen der AfD mit Rechtsextremen in Potsdam gab. Das gemeinsame Ziel: möglichst viele Menschen abschieben. In der Folge protestieren deutschlandweit mehr als eine Million Menschen gegen die rechten Remigrationsfantasien.

In vielen kleinen Orten Ostdeutschlands mit dabei: die Brasskapelle Banda Comunale. Ihre rund 20 Mitglieder sind in Brasilien, Schottland, Syrien, Polen, Irak, Israel, Italien, Russland, Palästina, Dresden und Bayern aufgewachsen. Mittlerweile leben sie in Deutschland und fahren seit Jahren gemeinsam raus in die sächsische Provinz, um vor Ort die Proteste gegen rechts zu unterstützen. Nach der Demonstration in Altenburg spielen sie allein Anfang des Jahres noch in Meißen, Dippoldiswalde, Waldheim, Bautzen, Rochlitz, Freiberg, Flöha, Zittau und Dresden. Kann das tatsächlich dazu beitragen, dass sich mehr Menschen für Demokratie engagieren?

Michał Tomaszewski spielt in der Band die Klarinette. Er lacht viel und hat auf seinem Musikinstrument einen Sticker

angebracht: «Good Night White Pride». Seine Familie flüchtete 1989 aus Polen nach Niedersachsen, neun Jahre später zog er nach Dresden. Er war von Anfang an mit dabei und kümmert sich online um die Auftritte der Band. Als sie sich 2001 gründete, erzählt er, wollten die Musiker*innen den Neonazis etwas entgegensetzen. Zu Tausenden seien sie damals in die Stadt gekommen, etwa für den sogenannten Trauermarsch am Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten. «Mobile Musik, das ist einfach etwas anders, als mit Verstärkern auf der Bühne zu stehen», sagt Tomaszewski. Warum? Das zeigt sich etwa in Dippoldiswalde.

Auf dem Marktplatz der sächsischen Kleinstadt regnet es an diesem ersten Sonntag im Februar. Trotzdem spielt die Banda Comunale dort neben dem Löwenbrunnen, etwa 800 Demonstrant*innen sind gekommen. Bunte Regenschirme über den Köpfen, die Kapuzen tief ins Gesicht gezogen. «SOE (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) gegen rechte Hetze» steht auf einem Banner, es ist sichtlich durchnässt. Die Menge klatscht und hüpf im Takt der großen Trommel. Michał Tomaszewski klemmt sich lächelnd seine Klarinette unter den linken Arm und fordert mit beiden Händen zum Tanzen auf. Dann bläst er wieder in sein Instrument und dreht sich in seiner gelben Jacke um die eigene Achse.

Die Banda Comunale spielt schon länger nicht mehr nur auf den Straßen. Anfang Juli

hatte sie einen Auftritt im Bundeskanzleramt in Berlin. Gefeierte wurde dort an diesem Freitag, dass es seit 26 Jahren eine Bundesbeauftragte für Kultur und Medien gibt. Die Banda war der letzte Act im Programm.

Bis dahin ist der Besprechungsraum SL 1.41 im Kanzleramt ihr Backstagebereich. Limo und Snacks stehen auf dem Konferenztisch und am hinteren Ende sitzen vier der Musiker: Gregor Littke – Posaune, Germi Riess – Trompete, Arne Müller – Schlagzeug und Ronaldo Santos da Silva – Gitarre.

Ihre Instrumente liegen einsatzbereit auf dem dunklen Steinboden vor der Nordtreppe des Kanzleramts. Der Auftritt ist erst in gut sieben Stunden. Wegen des Soundchecks aber sind sie schon da, der Rest kommt später. Sie tragen lockere T-Shirts, Hemden, Jeans und Sneaker, scherzen und quatschen über frühere Gigs. Die vier sind unterschiedlich lange dabei. Arne Müller spielt seit 2008 mit, Ronaldo Santos da Silva seit diesem Jahr.

Musik mitten unter den Leuten – das hilft gegen miese Stimmung

Sie haben Zeit, ein bisschen zu erzählen. Bei der Banda sei es wie bei allen Bands: Mal gehen langjährige Mitglieder, dafür kommen neue hinzu. Ist ein Instrument unbesetzt, sucht die Banda im Bekanntenkreis nach Ersatz. Ronaldo Santos da Silva wurde gefragt, weil der frühere Gitarrist nicht





mehr so viel Zeit hatte. Germi Riess kam vor neun Jahren hinzu. Alle engagieren sich nebenher in weiteren Projekten oder arbeiten in festen Jobs. Aber jetzt mal im Ernst: mit Musik gegen die AfD?

Wie und warum genau die Banda Comunale eine solch starke Wirkung hat, kann sie natürlich nicht wissenschaftlich belegen. Was aber alle aber aus eigener Anschauung wissen: Die Krisen der vergangenen Jahre, die Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die Inflation, haben auf viele Menschen lähmend gewirkt. Dass Anfang des Jahres plötzlich mehr als eine Million Menschen deutschlandweit auf die Straßen gingen, hat ein «Wir-Gefühl» erzeugt. Wie eine Studie des Kölner Rheingold Instituts schon im Januar nahegelegt hat, haben die Proteste einer Mehrheit der Demonstrierenden auch das Gefühl gegeben, etwas bewegen zu können. Andere Studien zeigen: Musizieren vermittelt sowohl beim Spielen als auch beim Zuhören ein Gefühl der Zugehörigkeit. Die emotionalen Reaktionen sind noch stärker, wenn eine Band live auftritt – so wie die Banda Comunale auf den Demonstrationen.

Germi Riess hat beobachtet, wie aus diesen emotionalen Reaktionen etwas entstanden ist. Über einige Jahre hatten die Sympathisant*innen der AfD die Marktplätze erobert, einfach, «weil sie am lautesten waren». Mit vielen Fahnen und hetzerischen Ansagen auf viel zu großen Bühnen.

«Aber mittlerweile organisieren sich Leute, um die Marktplätze zurückzuholen.» Und wenn dann sie, die Banda Comunale, dabei ist, mitten unter den Leuten, mit ebenfalls lauter, aber fröhlicher Musik, «dann verändert das etwas».

Auch der Posaunist Gregor Littke erinnert sich. Er spricht langsam, als gehe er im Kopf die vergangenen Auftritte noch einmal durch. Zum Beispiel den in Waldheim: Als die Banda dort Ende Mai auf dem Obermarkt gespielt hat, haben politisch engagierte Menschen aus der Kleinstadt in Mittelsachen ein paar Biertische auf das Kopfsteinpflaster gestellt und sie gedeckt: mit Porzellantellern, Kartoffelsalat, Apfelsaft, Regenbogenfähnchen. Nebendran umsäumten fünf junge Bäume den steinernen Wettinbrunnen. «Es war einfach ein schöner Ort.»

Währenddessen zog auf der anderen Seite des Obermarkts rechter Gegenprotest auf: Neben blauen AfD-Fahnen wehten auch mehrere grün-weiße von den Freien Sachsen. Littke spürt sie noch heute, diese miese Stimmung, die sie verbreiteten. Und wie happy die Leute waren, die ihnen, der Band, zuhörten. «Da merkt man, die Musik bringt Energie rein.» Im Nachhinein schickten mehrere Leute Nachrichten an die Band, um sich für den Auftritt zu bedanken. «Macht bitte weiter», hieß es da, oder: «Ihr seid seeeeeeeehr wichtig!»

◀ Die öffentlichen Plätze zurückholen – die Banda Comunale hilft dabei.

Wegen Anfeindungen und Bedrohungen aufhören? Niemals.

Und wie reagiert die andere Seite auf die Banda? Germi Riess zieht ein imaginäres Handy aus der Tasche und schießt ein imaginäres Bild. Immer wieder passiert es, erzählt er, dass Menschen ihnen die Kamera vor die Nase halten und einfach Fotos von ihnen machen, beinahe bei jedem Auftritt. Die anderen nicken. Einmal habe er einen Handy-Mann direkt angesprochen: «Na, schönes Foto gemacht?» Und zur Antwort bekommen: «Es kommt die Zeit, da holen wir die Listen raus, und dann seid ihr dran.»

Deswegen aufhören? Niemals. Bisher sei ihnen allerdings auch noch nie etwas Ernsthaftes passiert. Ronaldo Santos da Silva ist neu dabei. Manchmal, sagt er, sei er schon etwas angespannt. Etwa am 1. Mai in Chemnitz, als die Banda Comunale mit ihrer Musik den Auftritt des AfD-Politikers Maximilian Krahe zu übertönen versuchte. Littke stand direkt vor einem «Kein-Platz-für-Nazis»-Banner und blies mit aller Kraft in seine Posaune, Santos hielt sich mit seiner Gitarre etwas im Hintergrund. Auf der anderen Seite hatten sich etwa 30 Neonazis versammelt, Santos behielt sie immer im Blick. «Wären die losgelaufen, wäre ich bereit gewesen.» Littke beschwichtigt: «Aber die Polizei stand die ganze Zeit dazwischen.» Santos da Silva nickt. «Ja, aber es war für mich das erste Mal.»

Als die Band vor 20 Jahren angefangen hat, gingen sie höchstens zwei oder drei Mal pro Jahr auf die Straße. «So richtig politisiert haben wir uns erst Ende 2014 mit Pegida», sagt Gründungsmitglied Tomaszewski. Beim Gegenprotest in Dresden spielten sie dann Woche für Woche fröhlich gegen den Rassismus an. Aber als der Hass sich ein paar Monate später in Freital handfest gegen Geflüchtete entlud, reichte das nicht mehr. Täglich protestierten dort, zehn Kilometer südlich von Dresden, rund 100 Menschen unter dem Motto «Nein zum Heim» vor der Asylunterkunft im «Hotel Leonardo». Sie warfen Flaschen, Böller, Steine. Die Banda packte ihre Instrumente ein und stieg in den Zug nach Freital. Das Ziel: die Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen mit Musik willkommen heißen. Das Ergebnis: Die Banda bekam neue Mitglieder aus den Reihen der Geflüchteten.

Nach Freital besuchte die Banda weitere Unterkünfte. Klarinetten und Posaunen blieben kurz auch dort die Angst weg. Manche Geflüchtete griffen nach ihren eigenen Instrumenten: Zu Tuba und Trompete gesellte sich Oud, eine Kurzhalslaute, und Riq, eine einfellige Rahmentrommel mit Schellen. Osteuropäischer Klezmer und arabische Volksmusik flossen zusammen.

Workshops zu interkultureller Musik sprengen Klischees

Seit etwa sieben Jahren geht die Brassband mit ihrem neuen Repertoire auch an sächsische Schulen und gibt – in Kooperation mit dem Ausländerrat – Workshops zu interkultureller Musik, über hundert sind es mittlerweile. Einer davon fand zum Beispiel in einer Grundschule in Limbach-Oberfrohna Anfang des Jahres statt, wie man es in einem Video der Banda sehen kann: In einem Klassenraum sitzen Kinder auf dem Holzboden und trommeln im Takt auf orange Plastikbechern. In einem anderen Raum spielt Cellist Akram Younus Ramadhan Al-Siraj mit einem Dutzend Kindern. Sie stehen in einem Kreis, springen abwechselnd im schnellen Takt, drehen sich und werfen die Arme in die Luft. Wenn Al-Siraj ihnen dann erzählt, dass er aus dem Irak geflohen ist, sprengt das Klischee, davon ist die Banda überzeugt. Aus Flüchtlingen würden Menschen, die Medizin oder Pädagogik studieren und vor allem Musik lieben und leben.

Und wie lange wirkt die Energie der Musik nach in der sächsischen Provinz? Wenn die Banda Comunale wieder nach Dresden fährt und alles wieder in den alten Trott verfällt? Diese Frage kann zum Beispiel Christian Schäfer von tvBUNT, dem Netzwerk für Demokratie und Vielfalt im Landkreis Bautzen, beantworten. Er hat in diesem Jahr mehrere Veranstaltungen unter dem Titel «Happy Monday» mitorganisiert. Auf den vier Bautzener Märkten traten Musiker auf, es gab Lesungen, Achtsamkeitstraining und gemeinsames Tanzen. Etwa 50 Vereine, Einrichtungen und Initiativen aus Bautzen beteiligten sich. Das Ziel: ein positives Lebensgefühl verbreiten. Die Musik der Banda, sagt Schäfer, vertreibe die Angst. Und sie motiviere andere, sich weiter zu engagieren.

Am 25. Februar demonstrierten in Bautzen bis zu 2.000 Menschen unter dem Motto «Bunte Blasmusik gegen Rechtsextremismus». Angeführt von der Banda Comunale tanzten sie zu fetziger Musik durch die Stadt und ließen sich auch von provozierenden Rechten am Kornmarkt nicht abschrecken. Statt zwei Stunden, wie eigentlich

geplant, lief die Demonstration drei Stunden – die Banda immer mit dabei. «Von der guten Laune haben manche hier monatelang gezeht», erinnert sich Schäfer.

Besonders in den dunklen Tagen der Wintermonate sei das wichtig. Die Situation in Bautzen sei dann «beängstigend», wie Schäfer es ausdrückt. Bei den regelmäßigen Demonstrationen der Rechten immer montags würden da mehrere Tausend Menschen durch die Stadt rennen, auf den Bühnen stünden Rechtsextreme und brüllten ihre Verschwörungsideen hinunter, in den sogenannten Jugendblock reihten sich schon 13-Jährige ein, gescheitelt hinter dem Banner «Wir sind die Jugend ohne Migrationshintergrund». Viele kleideten sich in Schwarz. Ihre Strategie sei einfach, aber wirkungsvoll: «Die nehmen sich den öffentlichen Raum.»

Und die Banda Comunale hält dagegen, holt sich ihn zurück. So erleben das Schäfer und auch Mitglieder der Banda wie Michał Tomaszewski. Statt auf die Verschwörungserzählungen der Rechten einzugehen, zu widersprechen, hüpfen die Mitglieder aus Irak, Brasilien, Dresden und sonst woher freudig gemeinsam zu Klängen aus Osteuropa. Wenn sich Michał Tomaszewski nach dem Auftritt dann mit einem Punk unterhält, kann es durchaus sein, dass eine ältere Frau dazu kommt und sich einlinkt. Solche Szenen zeigten auch die verbindende Kraft der Musik, das könne Politik

so schnell nicht ersetzen. «Und selbst wenn die AfD hier regieren würde, wir alle würden hier ja weitermachen.» Nicht zuletzt deshalb gehört die Banda vielleicht zu den Top 20 Feindobjekten der Partei in Sachsen.

Zuletzt skandalisierte die Partei zum Beispiel, dass die «ultralinke Band» eine Million Euro vom Freistaat Sachsen bekommen habe. Klarinettenspieler Tomaszewski findet das lustig. Zum einen sei das Geld über sechs Jahre zusammengekommen und ausschließlich für die Schulprojekte verwendet worden. Zum anderen «beschwert sich die AfD damit über etwas Urdeutsches: eine Blaskapelle», lacht er. Die Banda selbst finanziere ihre Fahrten aufs Land über private Spenden, Preisgelder oder gelegentliche Honorare für Auftritte. Meistens spielen sie ehrenamtlich.

Aber wie steht es um das zukünftige Engagement in Sachsen? Beim Überlegen spielt Arne Müller im Kanzleramt mit seinen Drumsticks. «Das hängt an den jungen Leuten, wie viele sich Mühe geben oder sich nicht vertreiben lassen», sagt er und lässt die Stöcke rhythmisch aufeinanderklacken.

David Muschenich arbeitet für die taz als Korrespondent in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Er hat Journalismus an der Universität Leipzig sowie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Erfurt studiert.



▲ Gemeinsam gegen rechts – die Banda Comunale marschiert mit wie hier im Februar in Dippoldiswalde.

Wahlen

Thailand, Kambodscha und Myanmar: Autoritäre Wahlen

Wahlen werden auch in Autokratien abgehalten, dienen aber kaum oder nur sehr bedingt der gesellschaftlichen Kontrolle. Das Dossier beschäftigt sich mit dieser speziellen Form des Machterhalts.

boell.de/de/autoritaere-wahlen-suedostasien

Simbabwe: #TheElectionsWeWant

Beiträge aus der simbabwischen Zivilgesellschaft im Dossier #TheElectionsWeWant des Büros Kapstadt beschäftigten sich mit der Wahl in Simbabwe, der EU-Wahlbeobachtungsmission und Mängeln im Wahlprozess. <https://za.boell.org/en/elections-we-want>

Südafrika: Wahlen für eine gerechtere Gesellschaft?

Ende Mai fanden in Südafrika die siebten Wahlen seit dem Ende der Apartheid statt. Nach 30 Jahren Demokratie haben sich viele Versprechen einer gerechteren Gesellschaft nicht ausreichend erfüllt. Partnerinnen unseres Büros in Kapstadt berichteten im Vorfeld der Wahlen, was sie sich von den Wahlen erhoffen – und was nicht. boell.de/de/2024/05/28/wahlen-suedafrika-demokratie-verdruss-ueberwinden-und-um-teilhabe-kaempfen

Dialog und Debatte

European Democracy Conference

Die alle zwei Jahre in Berlin stattfindende European Democracy Conference bringt Stimmen zu Themen der europäischen Demokratie miteinander ins Gespräch, um sich gemeinsam für die Zukunft eines demokratischen Europas einzusetzen. boell.de/de/european-democracy-conference

Brasilien: Dialoge für die Demokratie

Die feministische Partnerorganisation CFEMEA lud 2023 Aktivist*innen und Organisationen zu «Dialogen für die Demokratie: Stärkung des Kampfes für Menschenrechte» in den Nationalkongress ein. Dies war ein Austausch mit Abgeordneten der sogenannten feministischen, antirassistischen Parlamentarischen Front, einem parteiübergreifenden Zusammenschluss progressiver Bundesabgeordneter. cfemea.org.br/

Frieden

Ukraine: gendersensibler Wiederaufbau. 20 Empfehlungen

Die Studie geht auf geschlechterpolitisch drängende Herausforderungen für lokale Gemeinden und Verwaltungen beim Wiederaufbau in der Ukraine ein. Sie bietet Empfehlungen für sechs Handlungsfelder: Governance, Budgetierung, Sicherheit, soziale Absicherung, Mobilität und Freizeitangebote.

boell.de/de/2024/06/03/gender-sensitive-recovery-and-development-local-level

Umwelt

Chile: Leitfaden für Advocacy-Arbeit zu Umweltthemen

Die Partnerorganisation Fundación Ecosur entwickelte einen Leitfaden für Advocacy-Arbeit zu Umweltthemen, der sich an Gemeinden richtet und im Rahmen zahlreicher Workshops und Seminare an lokale Amtsträger*innen, Studierende und Wissenschaftler*innen verteilt wurde.

cl.boell.org/es/2022/11/17/guia-incidencia-politica-desde-la-sociedad-civil-en-tematicas-ambientales

Georgien: Bergbau und lokale Mitbestimmung

Bergbau ist ein wichtiger Wirtschaftszweig Georgiens. Hier kommt es häufig zu Menschenrechtsverletzungen und schweren Umweltschäden. Gemeinsam mit dem Social Justice Center Tbilisi unterstützt

die Heinrich-Böll-Stiftung deshalb die Erkundung und Einübung von gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsprozessen in betroffenen Kommunen.

https://socialjustice.org.ge/uploads/products/pdf/Participation_of_local_community_1675159232.pdf

Menschenrechte

Griechenland: «In Defence of Defenders»

In Europa wird zunehmend auch die Unterstützung von Menschen auf der Flucht kriminalisiert. Unsere Publikation «In Defence of Defenders», die vom Border Violence Monitoring Network (BVMN) verfasst wurde, ist ein praktischer Leitfaden, der Menschenrechtsverteidiger*innen unterstützen und praktische Lösungen für die zunehmenden Angriffe auf sie bieten soll. gr.boell.org/en/2023/02/23/defence-defenders

Palästina: Jugendliche für Menschenrechte

«Palestinian Youth Advocates for Human Rights» ist ein Projekt der Balasan Initiative for Human Rights aus Bethlehem. Mithilfe eines mehrmonatigen Curriculums befähigt die Partnerorganisation des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah palästinensische Jugendliche dazu, ihre soziale und politische Teilhabe zu verbessern.

Tunesien: Grundrechte und individuelle Freiheiten unter der neuen Verfassung

Die Association Tunesienne de Défense des Libertés Individuelles hat im September 2023, ein Jahr nachdem die neue tunesische Verfassung in Kraft getreten ist, mit der Unterstützung des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Tunis einen Bericht über die Situation von Grundrechten und individuellen Freiheiten in Tunesien veröffentlicht.

<https://adlitn.org/en/une-annee-de-la-republique-dun-seul/>



▲ Sayed Shoaib Sadaat

Das letzte Wort

Text: Sayed Shoaib Sadaat

Die aktuelle Situation in Afghanistan stellt die Zivilgesellschaft vor erhebliche Herausforderungen. Menschen, die sich wie ich aktiv engagieren, arbeiten oft unter schwierigen Bedingungen. Aber die Zivilgesellschaft zeigt Widerstandskraft und das ist Anlass, weiter zu hoffen.

Aber wir sind auf internationale Unterstützung angewiesen, besonders aus Europa. Es wäre wichtig für uns, dass sich die europäischen Staaten über ihre diplomatischen Kanäle für Menschenrechte und Umweltschutz in Afghanistan einsetzen. Fortwährendes internationales Engagement ist sehr wichtig, um ein förderliches Umfeld für die Zivilgesellschaft und und alle aktiven Menschen zu schaffen.

Was wir auch dringend brauchen, ist eine Aufstockung der Mittel für Bildungsinitiativen. Bildung und Austauschprogramme haben eine transformative Wirkung, insbesondere in Bereichen wie Menschenrechte, Umweltwissenschaften und Regierungsführung. Stipendienprogramme könnten eine neue Generation von afghanischen Führungskräften heranziehen, die tatsächlich sinnvolle Veränderungen bewirken können. Leider sind die derzeitigen Anforderungen für die Menschen, die in unserem Land leben, ziemlich streng, eine Lockerung dieser Anforderungen würde mehr Menschen eine Chance geben.

Zum anderen benötigen wir Mittel für Projekte zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit. Afghanistan gehört zu den Ländern, die am stärksten vom Klimawandel bedroht und am wenigsten darauf vorbereitet sind. Wichtig wäre die direkte Zusammenarbeit der europäischen Politik mit lokalen NGOs. So ließen sich die spezifischen Bedürfnisse der afghanischen Gemeinschaften sehr effektiv und gezielt angehen. Man könnte Plattformen schaffen, über die afghanische Aktivist*innen direkt mit europäischen Entscheidungsträger*innen in Kontakt treten können. Diskussionen wie das EU-Rundtischgespräch zum Klimawandel in Afghanistan im Jahr 2023 zeigen, wie wertvoll dieser Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und NGOs ist.

Die europäische Politik kann die afghanische Zivilgesellschaft entscheidend unterstützen, indem sie ihr Ressourcen zur Verfügung stellt und sie ausbildet, am besten mit einem Fokus auf Umweltschutz. Wenn wir hier stärker werden, verbessern wir unsere Gesundheit, wirtschaftliche Stabilität und allgemeine Lebensqualität und schaffen so eine stabilere, nachhaltigere und widerstandsfähige Gesellschaft.

Sayed Shoaib Sadaat ist ein afghanischer Umweltaktivist mit einem Abschluss in Landwirtschaft von der Universität Kabul und einen MBA von der American University of Afghanistan. Sein Engagement für die Verbesserung lokaler Lebensgrundlagen und eine effektive Umweltpolitik haben ihn zu einer wichtigen Stimme in seinem Land gemacht.

Veranstaltungen

80 Jahre nach dem Warschauer Aufstand

Historische Perspektiven und deutsch-polnische Debatten
31.10. (Do), 18.00 Uhr, Heinrich-Böll-Stiftung und Livestream

Ich.Du.Wir

Zukunftswoche – Nachdenken über eine demokratische Öffentlichkeit

18. bis 23.11. (Mo – Sa),
Heinrich-Böll-Stiftung
u.a. mit «Media Matters: Medien, Journalismus & demokratische Debatte»
22.11., 12.00 bis 18.00 Uhr
mit anschließendem Ausklang
boell.de/calendar

Petra Kelly – Act Now!

Dokumentarfilm von Doris Metz, jetzt in den Kinos

Petra Kelly (1947 – 1992) glaubte daran, dass eine einzelne Person die Welt verändern kann. Als Mitbegründerin der Grünen und Symbolfigur der Friedensbewegung in Europa setzte sie sich unermüdlich für Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsfragen ein. Der Dokumentarfilm zeigt mit unveröffentlichten Archivbildern und Aussagen enger Freund*innen und Wegbegleiter*innen die Beweggründe und inneren Widersprüche von Petra Kelly.

Publikationen

Kommunale Wärmewende strategisch planen – Ein Leitfaden

Im Zentrum des Wärmeplanungsgesetzes stehen die Kommunen. Dieser Leitfaden skizziert die Akteurslandschaft der Wärmewende und gibt Kommunen Hinweise, wie sie die passenden Partner für die Umsetzung finden. Mit vielen Praxisbeispielen und Infografiken.

boell.de/publikationen

Jahresbericht 2023

Wer wir sind. Wofür wir einstehen. Wie wir arbeiten. – Der aktuelle Jahresbericht ist voller Zahlen und Fakten und Beispiele für unsere Projekte, gemacht von Menschen auf der ganzen Welt.

www.boell.de/jahresberichte

Schwangerschaftsabbrüche neu denken

Das fünfte Policy Paper der Reihe «Körper, Kinder, Kassensturz: Handlungsempfehlungen zum Koalitionsvertrag» entwickelt, unter Bezugnahme auf die Empfehlungen der von der Ampel eingesetzten Fachkommission und die vorläufigen Ergebnisse der ELSA-Studie, eine intersektionale feministische Perspektive auf die Notwendigkeit der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland. Dabei geht es auch um eine bessere Versorgungssituation, mit besonderem Blick auf vulnerable und diskriminierte Personengruppen.
gwi-boell.de

Dossiers

Bedrohte Kommunalpolitik

Seit einiger Zeit häufen sich Bedrohungen, Übergriffe und Hasskampagnen gegen Politiker*innen auf allen Ebenen – auch in den Kommunen, wo eine größere Nähe zwischen Politiker*innen und Bürger*innen möglich sein soll. Wir porträtieren sieben Politiker*innen aus unterschiedlichen demokratischen Parteien und ohne Parteizugehörigkeit, die bedroht wurden, sich aber davon nicht einschüchtern lassen.

boell.de

Podcasts

Märkte, Mächte, Emissionen mit Adam Tooze

Mit dem prominenten Wirtschaftshistoriker Adam Tooze besprechen wir einmal im Monat die Krisen unserer Zeit an den Schnittstellen von Geopolitik, globaler Ökonomie und Klimakrise: Wie können Märkte, Mächte und die Klimakrise zusammengedacht werden? Hosts sind Jörg Haas und Sarah Ribbert.

Über den Tag hinaus

Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht führen mit ihren Gästen spannende Gespräche mit direktem Bezug zur Stiftungsarbeit.

boell.de/podcasts/ueber-den-tag-hinaus

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 – 2 85 34 – 0
F 030 – 2 85 34 – 109
info@boell.de
www.boell.de

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Konzept und fachliche Beratung

Rasmus Randig

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger

Schlussredaktion

Britta Grell, Bernd Rheinberg

Übersetzerinnen von «Das Große Interview»

Seite 12–15

Kerstin Trimble und Dorothea Wuhrer

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Titel-Illustration

State, Berlin

Druck

Kern GmbH Bexbach

Papier

Umweltpapier + Umweltsiegel

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt

x.com/boell_stiftung
facebook.com/boellstiftung
youtube.com/user/boellstiftung
soundcloud.com/boellstiftung
flickr.com/photos/boellstiftung
instagram.com/boellstiftung/

«Ohne Engagement und Einmischung gibt es keine Demokratie. Und ohne Demokratie ist alles nichts.»

Böll.Thema 24-2

Demokratie

Vielfältige Wege, ein gemeinsames Ziel

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 38 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de